



medico international

rundschreiben
01|07

www.medico.de

Navid Kermani

*Mit der NATO in
Afghanistan*

Frankfurt Summit

*Ein Pharmazentrum
für die Habenichtse*

Sri Lanka

*Von einem Tsunami
zum nächsten*



Herausgeber:
 medico international
 Burgstraße 106
 D-60389 Frankfurt am Main
 Tel. (069) 944 38-0
 Fax (069) 436002
 E-Mail: info@medico.de
 Internet: www.medico.de

Redaktion:
 Katja Maurer (verantwortl.),
 Thomas Gebauer,
 Martin Glasenapp

Lektorat:
 Reinhard Arendt

Gestaltung:
 Andrea Schuldt

Titelseite: Die Pyramide des Kapitalismus.
 Der legendäre Titel der Zeitschrift „International Workers of the World“ (1911), entworfen von Nedeljovich, Brashich und Kuharich.

Bild Rückseite: Markus Dorf Müller,
 Bild Seite 29: Marina Gržinić,
www.holy-damn-it.org

Spendenkonto: 1800
 Frankfurter Sparkasse
 BLZ 500 502 01



ISSN 0949-0876

- 3 Editorial**
- 4 Kommentar**
Blühende Landschaften am Hindukusch?
- 6 Navid Kermani**
Vermintes Gelände
- 12 Thomas Ruttig**
Failed State oder Failed Aid?
- 15 Afghanistan**
Kommerzialisierungs-Agenda
- 18 projekte - projektionen**
- 20 Gesundheit**
Keine Utopie
- 23 Unterschriftenkampagne**
Preiskrieg auf Kosten AIDS-kranker Kinder
- 24 Afrika**
Das Ende einer Ära
- 26 Sri Lanka**
Von einem Tsunami zum nächsten
- 28 medico aktiv**
- 30 medico Materialien**
- 30 Hinweise**

Texthinweise:
 Der vollständige Text Navid Kermanis erscheint im Kursbuch Nr. 166.

Der Beitrag von Thomas Ruttig erschien im Sammelband zum 25. Jubiläum des Freundeskreises Afghanistan.



Liebe Leserinnen und Leser,

Guido Westerwelle möchte Kapitalismuskritik verbieten, weil es „unsere Grundordnung“ verletze, wenn man die neoliberale Globalisierung mit dem Imperialismus vergleicht. Ist uns etwa mit dem antikapitalistischen Titelbild aus den Anfängen des 20. Jahrhunderts ein Tabubruch nahe an der – im Westerwelle’schen Sinne – Gesetzesverletzung gelungen?

Ach nein. Einen „Tabubruch“ (so die Ankündigung der ARD) – das schaffen heute höchstens solche kühlen Schauspielerinnen wie Maria Furtwängler, wenn sie als blonde ostpreussische Junkerinnen hoch zu Ross Flüchtlingszüge auf dem Fernsehbildschirm anführen und retten. Im Gegensatz zu unserer vereinfachenden Politillustration, in der das Geld (sprich der Kapitalismus) die Welt regiert, war zu Junkerzeiten der Adel offenbar noch seinen Untertanen verpflichtet. Also antikapitalistisch. Vielleicht ist der Rückgriff des deutschen öffentlich-rechtlichen Fernsehens auf historische Figuren der Gründerzeit und nicht in Nazi-Untaten verwickelte Adelige insgesamt als verbrämte Kritik am Kapitalismus des Shareholder Value zu verstehen? Damals war man zwar feudale und undemokratische, aber besaß Ehre im Leib und die Pflicht zur patriarchalen Fürsorge.

Manchmal fragt man sich, ob Fernsehbilder einer idyllischen Not dazu angetan sind, den Boden für künftige Patriarchen zu bereiten. Für solche, die bereit wären angesichts von bewiesener Klimakatastrophe und wachsender, mittlerweile auch für die Mittelschichten bedrohlichen Ausgrenzung haltlose Fürsorge-Versprechen zu geben.

Gegen solche autoritären Lösungen halten wir in diesem Heft an Hannah Arendts bedingungsloser Verteidigung des Politischen fest. Zugegeben in der komplexen Realität Afghanistans, die wir auf den folgenden Seiten ausführlich würdigen, ein schwieriges Unterfangen. Denn in dem andauernden

Streit der Intervenierenden um die richtigen Konzepte für Afghanistan kommt eines nicht vor: der politische Raum – die Polis – in dem die Afghanen ihr politisches Schicksal selbst aushandeln. Versuche, dies mit der Loya Jirga zu organisieren, sind gescheitert an den überlagernden Interessen der Interventionsmächte, die die Warlords favorisierten und anderen afghanischen Kräften die Teilhabe ganz verweigerten. Das beschreibt einer, der es wissen muss, nicht nur weil er sich mit den Afghanen verständigen kann. Unser Autor Thomas Ruttig hat damals den Loya-Jirga-Prozess begleitet und dabei das ganze Land bereist.

Gegen den Totalitarismus der Ökonomie, wie er in der neoliberalen Globalisierung aufscheint, den auch Hannah Arendt trotz der Drohung Westerwelles als Imperialismus bezeichnet hätte, wendet sich Alison Katz in ihrem Brief (Seite 20 ff.) an die neue Direktorin der Weltgesundheitsorganisation (WHO), Dr. Margaret Chan. Katz fordert nichts weniger als die Umkehrung der Titelbild – Pyramide: Sie verlangt eine Rückkehr zu dem bereits vor 30 Jahren von der WHO entwickelten Konzept einer „Gesundheit für alle“ und widerspricht damit der Ökonomisierung und Kommerzialisierung des Lebens und der Gesundheit. Die Organisation einer Ökonomie, die allen dient, – das wäre, wenn man Hannah Arendts Denkfigur des Politischen aufgreift, überhaupt die Grundlage für einen politischen Raum, in dem sich freie Menschen als handelnde Bürger begegnen könnten. Aber da müsste man über den neoliberalen Kapitalismus reden – und das verletzt ja angeblich „unsere Grundordnung.“

Ihre

Katja Maurer



Blühende Landschaften am Hirn

Ein Kommentar von Thomas Gebauer

kommentar

Die Heuchelei ist die Pest der Gegenwart. Und es scheint kein Kraut gegen sie gewachsen. Mit weihevollen Worten predigt der reiche Norden dem armen Süden die Überlegenheit demokratischer Werte und fördert doch nur oft genug autoritäre Regime und Korruption. Auch das Klagen über den unheilvollen Zustand des Planeten, die Sorge um die Ärmsten der Armen und die wohlklingende Menschenrechtsrhetorik sind nichts wert, wenn es um die Sicherung des eigenen Vorteils geht.

Die Bilanz ist trostlos. Ganze Arbeit hat der Marktradikalismus des „Washington Consensus“ geleistet. Begleitet vom Bemühen um Armutsbekämpfung sind die Reichen reicher und die Armen ärmer geworden. Die Deregulierung des Politischen, dessen Hohelied die internationale Politik in den letzten Jahrzehnten gesungen hat und dem auch wir allwöchentlich bei „Sabine Christiansen“ lauschen durften, hat die Welt an den Abgrund getrieben. Doch selbst die Empörung über das Elend, das nun heute in der Welt herrscht, ist nicht vor Heuchelei geschützt. Längst haben findige Geschäftsleute und Showstars auch die Entrüstung zu einer einträglichen Masche gewendet. Kein Gala-Dinner, bei dem nicht zwischen Hummerschwänzen und Seeteufel für Afrika, die Umwelt oder die Kinder gesammelt würde. Wohlthätige Mäzene, die sich gegen HIV/AIDS engagieren, aber am Gewinn jener Firmen beteiligt sind, die eben dafür sorgen, dass AIDS-Patienten vom Zugang zu erschwinglichen Arzneimitteln ausgeschlossen bleiben. Selbstgefällige Schlagersänger, die schon zufrieden sind, wenn sie sich mit den Mächtigen der Welt zum Gruppenfoto versammeln dürfen. Kritik ohne jeden kritischen Stachel.

Joseph Stiglitz, der ehemalige Chef-Volkswirt der Weltbank, dagegen weiß, wovon er spricht. Nicht allein mehr Hilfe ist nötig, sondern die strukturelle Änderung der ungerechten Welthandelsbeziehungen: „Die Mindereinnahmen, die die reichen Länder den armen Ländern durch Handelshemmnisse bescherten, sind dreimal höher als die gesamte Entwicklungshilfe, die sie leisten.“ Systematisch fließe Geld von unten nach oben. Der vielleicht noch größere Skandal aber sei, dass ausgerechnet in dem Moment, wo zur Lösung der täglich voranschreitenden Krise unbedingt globale Institutionen notwendig wären, diese so schwach seien wie nie zuvor.

Nicht durch demokratisch verfasste Strukturen, und noch nicht einmal durch die Vereinten Nationen werden die globalen Verhältnisse gegenwärtig gesteuert, sondern durch undurchsichtige und in ihrer Zusammensetzung durch keine Wahl legitimierte Staatenclubs, allen voran die G8. Gastgeber des diesjährigen G8-Gipfels ist die Bundesregierung. Auch in den Dokumenten zur Vorbereitung des Hochsicherheitsereignisses in Heiligendamm an der Ostsee spiegelt sich die leidige Doppelmoral. Man wolle das Zusammentreffen nutzen, um für Innovation als Grundlage weiteren Wirtschaftswachstums zu werben. Dafür sei der Schutz geistigen Eigentums, ohne den sich Innovation nicht lohne, Voraussetzung. Unbedingt müsse dafür Sorge getragen werden, den Patentschutz global durchzusetzen und, wo nötig, zu verschärfen. Daneben wolle man auch so genannte „weiche Themen“ vorantreiben. Ganz zuvorderst die Bekämpfung von HIV/AIDS in Afrika.

So gut das gesundheitspolitische Engagement klingt, so sehr steht es im Widerspruch zum handelspolitischen. Die Bekämpfung von Krankheiten wie HIV/AIDS verträgt sich nicht mit der Verschärfung

ndukusch?



Aufschwung am Hindukusch. Billboard der Kabulbank, November 2006.

Foto: medico

von Patentregeln. Als befristet gewährte Monopole ziehen Patente automatisch hohe Preise nach sich und sorgen dafür, dass selbst unentbehrliche Arzneimittel zu unerschwinglich teuren Luxusgütern werden. Als die Wirtschaftsminister das TRIPS-Abkommen zum Schutz geistigen Eigentums verabschiedeten, haben sie „Tausende von Menschen in den ärmsten Ländern zum Tode verurteilt“, so Stiglitz.

Auch wenn sich heute die Stimmen derer mehren, die den Marktfundamentalismus für gescheitert erachten, hält seine unheilvolle Praxis doch an. An den Folgen jedenfalls wird die Welt noch lange zu leiden haben. Zumal die Propheten des Neoliberalismus selbst dort ihr Unwesen treiben, wo man sie nicht vermuten würde. In Afghanistan beispielsweise, dessen Bevölkerung sich offenbar zu Unrecht eine Stabilisierung des Landes durch eine kompetente und leistungsstarke Regierung erhofft hat.

Kaum im Amt, hat Karzai der „starken Ermutigung“ durch ausländische Mächte nachgegeben und eine umfassende Privatisierungspolitik beschlossen. Ein sorgfältiges Prüfverfahren kann dem nicht vorausgegangen sein. Nicht einmal eine Seite füllt das Dekret, in dem nun steht, dass von den 65 Unternehmungen, die sich im Staatsbesitz befinden, 37 zu privatisieren und 19 gänzlich auszulöschen seien. Die restlichen 9 wolle man vorerst behalten.

Gut 25.000 Menschen beschäftigen die afghanischen Staatsbetriebe derzeit. Davon werden 14.000 nun unmittelbar ihren Job verlieren und viele der anderen vermutlich später, wenn entsprechende Investoren gefunden sind. Angesichts der unsicheren Umstände, die in Afghanistan herrschen, werden die kaum aus dem Ausland kommen. Tatsächlich mehren sich die Anzeichen, dass inländische Investoren zum Zuge kommen sollen, hinter denen in aller Regel jene korrupten Provinzgouverneure und Drogenbarone stehen, die an Wettbewerb überhaupt kein Interesse haben. Wie im Russland nach der Wende droht nun die Überführung von öffentlichem Eigentum in private Monopole, ohne dass zuvor Regulierungs- und Kartellbehörden geschaffen worden sind, die für ein Mindestmaß an Kontrolle sorgen könnten.

Unbeirrt aller Kritik wird den Afghanen, die so große Hoffnung „in den Westen“ gesetzt hatten, ein Konzept übergestülpt, das längst als widerlegt gilt. Angesichts der großen Arbeitslosigkeit, die im Lande herrscht, nimmt sich auch das deutsche Angebot, den arbeitslos werdenden Mitarbeitern mit Übergangszahlungen und bei der Suche nach neuen Jobs zur Seite zu stehen, nicht gerade beruhigend aus.

Es ist lange her, dass politische Entscheidungen zunächst auf ihre langfristigen Auswirkungen hin überprüft wurden. Dem Ältestenrat der nordamerikanischen Indianer schien der Maßstab von sieben Generationen nicht zu lang. Dem „Washington Consensus“ dagegen ist das Denken in solchen Zeiträumen abhanden gekommen. Zwar verfügt die Welt heute über die technischen Möglichkeiten, die langfristige Vorhersagen präzise zuließen, doch dominiert umso mehr ein kurzfristiges Verwertungsinteresse – und mit ihm auch die Heuchelei. ■



Mit der NATO unterwegs in Afghanistan

Vermintes Gelände

von Navid Kermani

Afghanistan

Der Besucher, der Ende 2006 in Afghanistan eintrifft, zieht am Flughafen Kabul eine militärische Schutzweste und einen Helm an. Britische Soldaten fahren ihn in einem Konvoi aus gepanzerten Landrovern in das Hauptquartier der ISAF, der internationalen Truppen, die den Wiederaufbau des Landes militärisch absichern sollen. Die Stadt sieht er nur durch einen Schlitz, kleiner als die Fenster der Burkas, die in Kabul nur noch wenige Frauen tragen. Am nächsten Tag, als ihn die Soldaten zu einem Ausbildungszentrum der afghanischen Armee bringen, kann er immerhin wie eine Wache aus dem Dach schauen. „Alamo“ heisst das Lager aus Containern, Fertighäusern, Zelten, in dem die amerikanischen Ausbilder leben. Es geht beschaulich zu dort, bescheidener als im Hauptquartier der Vereinigten Staaten in Bagram, wo 3.000 Soldaten, 5.000 Zivilisten und 2.000 afghanische Tagelöhner wie in einer Kleinstadt leben, die auch im Mittleren Westen der Vereinigten Staaten liegen könnte, aber genauso gut auf dem Balkan, in Afrika oder im Irak: eine Shopping Mall mit allen Segnungen des amerikanischen Marktes, Sportstudio, Post, Bank, Spa und Beauty Shop, Volkshochschulkurse, Friseure, ein kirgisches „Yurta-Tent“ als Verkaufsstelle für zentralasiatische Souvenirs, Teppichladen, Burger King, die Pizze-

ria Ciano, der Green Beans Coffee Shop, sogar Bushaltestellen. Im kleinen Camp „Alamo“ dagegen ist nur die Küche „local“, also amerikanisch.

Finden Sie es nicht schade, dass Sie überhaupt nichts von der Stadt sehen? fragt der Besucher den freundlichen Offizier, der ihn herumführt. Ach, das ist kein Problem, antwortet First Sergeant Weber. Wenn ich mal raus will, frage ich drei Kollegen, und wir fahren zur ISAF oder nach Bagram zu unseren Jungs.

Es müssen drei Kollegen sein, weil die Truppen grundsätzlich nur in Konvois von mindestens zwei gepanzerten Wagen à zwei Soldaten durch die Stadt fahren dürfen. Manche Soldaten finden es selber merkwürdig, dass man dem Volk, dem man doch helfen will, nur mit Schutzweste, Helm und geladenem Maschinengewehr begegnet. Aber das sei nun einmal notwendig aus Gründen der Sicherheit. Natürlich versteht der Besucher. An jedem dritten Tag seiner Reise sprengt sich irgendwo im Land ein Selbstmordattentäter in die Luft. Er versteht, dass die Kantinen grundsätzlich keine Nahrungsmittel aus Afghanistan verwenden und also buchstäblich jedes Reiskorn, jeder Tropfen Wasser eingeflogen wird. Das ist notwendig, nicht aus



Foto: Reuters / Jim Hollander



Foto: Ull Teitze

Gründen der Sicherheit, wie er vermutet hatte, sondern weil sonst die Preise auf den lokalen Märkten in die Höhe schießen würden, wie der Vertreter der deutsch-schweizerischen Firma erklärt, die beim Catering in Krisengebieten weltweit an der Spitze steht. Dass Afghanen niemals mit den Nahrungsmitteln in Berührung kommen und in der Küche also nur den Abwasch erledigen dürfen, während der Grossteil der Angestellten bei der ISAF (bis hin zum Wachpersonal) aus Ländern wie Nepal oder Indien stammt, erfolgt wiederum nicht aus Gründen der Hygiene, sondern der Sicherheit. Natürlich würde er lieber Afghanen einstellen, sagt der Küchenchef. Die seien billiger und dabei wirklich sympathisch. Aber das dürfe er nun einmal nicht, das sei im Vertrag ausdrücklich untersagt, und das müsse man verstehen. Ja, natürlich, sagt der Besucher. Aber auch in diesem Gespräch wie in so vielen gelangt er rasch an den Punkt, an dem auch sein Gegenüber nicht mehr versteht.

Also, wenn ich manchmal über alles nachdenke, dann wundere ich mich schon, sagt der Küchenchef, als sich der Besucher nach dem Frühstück zu ihm und seinen nepalesischen oder indischen Angestellten setzt. – Worüber? – Über alles halt, wie das so läuft. Wir sind hier in Afgha-

nistan, aber mit Afghanistan hat das nichts zu tun, das Obst aus Südamerika, das Wasser vom Persischen Golf, das Schnitzel aus Deutschland, die Köche aus Nepal. Aber richtig verrückt wird es erst bei den Amerikanern in Bagram. – Warum? - Die lassen Lobster aus Kuba einfliegen. Aus Kuba! Stellen Sie sich das mal vor. Dann zuckt der Küchenchef, der gern mehr Afghanen einstellen würde und an dem es nun wirklich nicht liegt, dass das Land nicht vorankommt, melancholisch die Schultern. Aber woran liegt es?

Die britischen Befehlshaber, Brigadegeneral Nugee und Colonel Moss, haben eine imponierende Art: humorvoll, höflich, direkt, entwaffnend offen, entwaffnend in dem Sinne, dass sie einem die Argumente aus der Hand nehmen, indem sie sie bestätigen. Die afghanische Polizei, die von den Amerikanern und Deutschen ausgebildet wird? Wenig effektiv, schlecht geführt, korrupt, dazu eine Pyramide, die auf dem Kopf steht: mehr Offiziere als Wachleute. Die hohe Absprunghöhe? Kein Wunder, wenn ein Polizist, der von der ISAF ausgebildet wurde, mehr verdient, wenn er anschließend für die ISAF putzt. Die Warlords, die Ministerpräsident Karzai als Sicherheitschefs in der Provinz einsetzt? Gangster. Die Amerikaner? Well, ihre Polizeiausbildung ist im Gegensatz zur deutschen wirklich gut. Die Deutschen, wissen Sie, und Colonel Moss fängt an zu kichern, wissen Sie, die Deutschen sind sehr, sehr gründlich, und das ist auch gut, das respektiere ich, aber man bildet in Afghanistan eben keine Kommissare für den mittleren Dienst in einer europäischen Großstadt aus. Die Polizeiausbildung der

Amerikaner hingegen sei vielleicht ein bisschen oberflächlich, also versuche man jetzt einen Mittelweg zu gehen.

Wo wäre Afghanistan ohne den Krieg im Irak? Tja, seufzt diesmal Colonel Moss, was soll ich sagen, das ist eine eigene Diskussion, ob der Irakkrieg richtig war, aber für Afghanistan kann ich soviel sagen, dass wir natürlich weiter wären. Ich kann es nicht bemessen, aber wir wären weiter. Gleichviel, hier ist nicht der Irak – „this war is winnable“. Die größte Sorge, fährt er fort, die größte Sorge, die wir haben, ist, dass irgendetwas passiert, was die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft auf sich zieht, und dass Afghanistan ein weiteres Mal vergessen wird.

Der Besucher auf dieser Reise ist Gast der NATO. Aus ihrer Perspektive blickt er auf das Land. Das ist neu für den Besucher, aber üblich geworden für den Journalismus, auch wenn es nicht üblich ist, das zu erwähnen. Afghanistan ist nicht der Irak. Man kann sich als Ausländer im größten Teil des Landes frei bewegen. Die Sicherheitslage ist zum Glück bei weitem nicht so prekär, dass man als Zivilist Schutzweste und Helm tragen müsste. Von Afghanen freundlich empfangen zu werden, ist noch immer (oder wieder) die Regel. ISAF steht auf den Uniformen der Soldaten, darunter in arabischen Lettern der Schriftzug in der Landessprache Dari: komak o hamkâri – „Hilfe und Zusammenarbeit“.

Der Besucher nimmt sich in der Straße vor dem Hauptquartier der ISAF ein Taxi. Der erste Eindruck ist von trostloser Normalität: Verkehrsstau, Trümmer, einfachste Betonverschläge statt Häuser, Armut. Keine Bäume, keine Cafés, kein Lachen. Die einzigen, die am Straßenrand verweilen, sind Krüppel oder Kinder, die sich Klebstoff vor die Nase halten. Aber auch viele Frauen sind auf den Straßen zu sehen, ohne Burkas, Schulkinder, Mädchen und Buben. Doch, die Schulkinder

lachen! Man muss die Schulkinder anschauen, um nicht in Depressionen zu verfallen. Wer hingegen in alten Reiseberichten gelesen hat, wie Kabul vor fünfhundert, vor fünfzig und noch vor fünfundzwanzig Jahren aussah, wird seines Tages nicht mehr froh. Kabul war einmal ein Garten. Hier gediehen Trauben, Granatäpfel, Aprikosen, Äpfel, Quitten, Birnen, Pfirsiche, Pflaumen und Mandeln, wie Kaiser Babur 1501 in seinen Memoiren vermerkte. Die ganze Pracht Indiens, das er eroberte, wog die dreihundert Sorten wilder Tulpen nicht auf, die in Kabul blühten. Nüsse gab es im Überfluss, und der Wein war berauschend.

Der Besucher begleitet den jungen Schriftsteller Masoud Hassanzadeh ins Parlament. Hassanzadeh interviewt einen Abgeordneten aus seiner Heimatstadt Herat, den schiitischen Geistlichen Ahmad Ali Dschebra'ili, der sich zur neuen, so genannten „Reformfraktion“ zählt. Der Abgeordnete verlangt Rechtsstaatlichkeit und den Schutz



von Minderheiten. Die Verfassung müsste dafür nicht geändert, sondern nur angewandt werden. „In diesem Augenblick, da ich zu Ihnen spreche“, sagt der Geistliche dem jungen Schriftsteller und blickt ihm betroffen in die Augen, „werden achtzig Prozent aller Angelegenheiten in diesem Staat nach Maßgabe von Beziehungen, nicht von Gesetzen geregelt.“ Afghanistan sei ein islami-

scher Staat, aber die Theokratie in Iran nicht dessen Modell. Auf die Frage, ob das Parlament das afghanische Volk repräsentiere, antwortet Dschebra'ili, dass zwar nicht alles korrekt gelaufen sei bei der Wahl, das Ergebnis aber grundsätzlich dem Votum des Volkes entspreche. „Wir wehren uns gegen die pauschale Kritik am Parlament“, wendet sich Dschebra'ili gegen die Vorwürfe der Taliban. „Von der Zerstörung des Parlaments profitieren nur die Feinde Afghanistans, innerhalb und außerhalb des Landes.“ Was der Geistliche sagt, klingt vernünftig. Nur hat der Besucher keinen Hinweis herausgehört, wo die „Reformfraktion“ politisch steht, ob im nationalen oder religiösen Lager, ob in der Opposition oder auf Seiten der Regierung. Kein Wunder, sagt der Schriftsteller Masoud Hassanzadeh nach dem Interview: Gestern habe er einen Altkommunisten interviewt, dessen Aussagen identisch waren mit denen des Islamisten: für Rechtsstaatlichkeit, gegen Korruption, für Demokratie, gegen Vettern-

verändern die Parolen langfristig auch die Politik. – Das mag sein, aber sehr langfristig, meint Hassanzadeh. – Gibt es eine Alternative? – Nein. Entweder diese korrupte Regierung überlebt dank der Unterstützung des Westens, oder wir haben Taliban und Krieg.

Wer wissen will, warum Afghanistan nicht oder nur so quälend langsam vorankommt, sollte dort hinfahren, wo es am schnellsten gehen müsste, zum Beispiel auf der nagelneuen Autobahn von Sar-e Paul nach Schibergan im Norden des Landes. Im Wahlkampf hatte Hamid Karzai der Bevölkerung eine zehn Meter breite Autobahn versprochen. Karzai gewann die Wahl, und die staatliche Hilfsorganisation US-AID bewilligte 15 Millionen Dollar. Das Geld wurde an ein Büro der Vereinten Nationen überwiesen, die den amerikanischen Berger-Konzern als Berater engagierten. Allein vier Millionen Dollar kosteten die Unterkunft der ausländischen Angestellten



Straßenszenen in Kabul.

wirtschaft. Aber mit einem Altislamisten wie Dschebra'ili würde der Altkommunist sich niemals zusammantun – nicht weil er andere Ansichten hat, sondern weil er einem anderen Lager angehört. Um Inhalte gehe es niemandem. Aber ist es nicht ein Fortschritt, wenn sie sich nun Demokratie wenigstens auf die Fahnen geschrieben haben? fragt der Besucher nochmals. Vielleicht

und die Einfuhr der technischen Geräte. Für die Autobahn selbst blieb dann nicht mehr viel Geld übrig. Dabei fielen die Löhne für die afghanischen Bauarbeiter kaum ins Gewicht, bei 90 Dollar monatlich für zehn reguläre Arbeitsstunden am Tag, siebenmal die Woche und ohne Urlaub. Auch für Krankenversicherung und sonstige Versorgungsleistungen entstanden keine Kosten,

und als der Arbeiter Mohammad Nasim sich bei einem Unfall auf der Baustelle tödlich verletzte, blieb es seinen Kollegen überlassen, für die Familie etwas Geld und Nahrungsmittel zu sammeln. Aber das hätte in Afghanistan kaum jemanden erregt. Verblüfft waren die Bewohner, als sie erstmals die neue Autobahn befuhren. Bereits bei ihrer feierlichen Eröffnung hatte der Straßenbelag so viele Löcher und Risse, dass er mehr aus Schotter als aus Asphalt bestand. Überall sah man Autos, die mit einer Reifenpanne oder einer zerbrochenen Windschutzscheibe den Verkehr blockierten. Weil aus Geldmangel zwei Meter eingespart werden mussten, fehlt der Autobahn der Standstreifen. Die vielen Fahrradfahrer, die vorher auf dem Seitenstreifen gefahren sind, müssen nun entweder zu Hause bleiben oder sich zwischen die Autos zwängen.

Aber Achtung, es wird noch absurder: Einige Zeit nach „Fertigstellung“ gruben einige Anwohner einen Graben mitten durch die Straße. Rechtzeitig vor der Regenzeit versuchten sie so, einen Abflusskanal zu schaffen. Wegen Beschädigung öffentlichen Eigentums wurden sie verhaftet. Der Dorfälteste verteidigte die Festgenommenen. Die Dorfbewohner würden sich über die neue Straße freuen, aber nicht darüber, dass ihre Häuser im Winter überflutet würden. Er verlangte den Bau eines Abflussrohrs. Die Baufirma verwies auf einen kaum je angewendeten Paragraphen im afghanischen Verkehrsgesetz, wonach kein Gebäude näher als dreißig Meter an einer Autobahn stehen dürfe. Aber die Häuser waren doch vor der Straße schon da, wandten die Dörfler ein. Als sie merkten, dass Logik nicht hilft, gruben sie zwei Monate später einen neuen Graben mitten durch die Straße.

Der Besucher fährt zu Farid, der als Protokollant im afghanischen Parlament arbeitet. Sein Geld verdient er mit einer Wäscherei. Der Laden im sowjetischen Viertel Kabuls, wo die Reste der Mittelschicht in Plattenbausiedlungen leben, ist schwer zu finden, weil es nirgends Beleuchtung gibt: keine Straßenlaternen, keine Leuchtreklamen, nicht einmal in den Häusern brennt Licht, allenfalls hier und dort einzelne flackernde

Lampen, sonst nur die Autoscheinwerfer. Aber Autos fahren um diese Zeit, neun Uhr abends, nur wenige – wohin auch, wenn es keinen Strom gibt und damit kein öffentliches Leben.

Fünf Jahre nach dem Sturz der Taliban funktioniert in der Millionenstadt Kabul die Elektrizität noch immer nur drei bis vier Stunden täglich. Die Wasserversorgung ist erbärmlich, die Kanalisation eine Kloake. Immer wieder hat der Besucher von NATO-Generälen gehört, dass Sieg und Niederlage ihrer Mission sich nicht auf dem Gefechtsfeld, sondern im humanitären Bereich entscheiden. Na dann gute Nacht, denkt er, als er mit dem Taxi durch Kabuls menschenleere Straßen fährt, mitten durch teichgroße Pfützen, überholt von rasenden 4-Wheel-Drives mit westlichen Insassen, vorbei an riesigen, stockfinsternen Zeltstädten, in denen Flüchtlinge im fünften Jahr kampieren, vorbei an französischen Restaurants und nagelneuen Villen, in denen Ausländer und neureiche Afghanen Strom und Warmwasser aus privaten Versorgungsanlagen beziehen und per Satelliten-Standleitung 24 Stunden täglich mit der Welt verbunden sind.

An sich wäre Nation-Building eine prima Idee. Praktisch heißt es, dass der Wiederaufbau die Wirtschaft der Geberländer stärkt. Die Vereinigten Staaten etwa vergeben Großaufträge an amerikanische Konzerne wie Halliburton, Berger oder Kellogg, die sich nicht durch die günstigsten Angebote, sondern die besten Lobbyisten, engsten Kontakte und höchsten Wahlkampfspenden hervortun. Allein die Firma DynCorp, die mit der Ausbildung von Polizisten beauftragt ist, verfügt in Afghanistan über eine Flotte von dreihundert gepanzerten Landcruisern, jeder im Wert von 150.000 Dollar. Ein ausländischer Berater kostet den Steuerzahler seines Heimatlandes nach Be-



Foto: medico



Der kleine Konsum: Ambulanter Händler am Straßenrand.

rechnungen der „New York Times“ durchschnittlich 500.000 Dollar: 150.000 Dollar Gehalt, der Rest für seine Sicherheit, die Lebenshaltungskosten und den Überschuss, den sein Unternehmen erwirtschaftet. Das importierte Wasser, das er trinkt, kostet mit täglich etwa drei Dollar mehr, als ein afghanischer Arzt verdient.

Schließlich findet der Besucher die richtige Hausnummer, klopft an die Fensterscheibe – und tatsächlich, Farid öffnet die Tür seines Ladens, eine Petroleumlampe in der Hand. Aus dem Nachbarladen, der seinem Vater gehört, holt er Coca Cola. Ein Tee wäre dem Besucher lieber und viel billiger, aber ach ja, um einen Tee zu kochen, braucht man Strom. Der Besucher fragt Farid nach seiner Arbeit im Parlament. Sie macht ihm Spaß. Politik hat er studiert, an der Universität Kabul, wo heute auch amerikanische Berater tätig sind. Das Studium war gut, sagt Farid, sie hätten viel von den Beratern profitiert. – Und das Parlament? fragt der Besucher. Wird dort ernsthaft debattiert, oder erweckt es nur den Anschein von Demokratie? Farid denkt nach. Nein, sagt er

dann, es werde schon ernsthaft debattiert, das sei nicht nur Show. Und es gebe neben den korrupten auch viele Abgeordnete, die es ehrlich meinen und sich für Afghanistan aufreihen.

Das heißt, du bist insgesamt schon glücklich, dass die Taliban weg sind. – Farid schaut den Besucher an und hält die flache Hand unter die Brust. Der Besucher versteht nicht. – So lang war mein Bart, lacht Farid, so lang. Kannst du dir das vorstellen? Der Besucher schaut in die Runde, wo inzwischen Farids männliche Verwandte versammelt sind, der Vater, der ältere Bruder, zwei Cousins. Wie auf ein Zeichen halten sich alle die Hand unter die Brust und kichern mit Farid. Gewiss hatte der Besucher von den Bärten gehört, die unter den Taliban jeder Mann Brustlang tragen musste, aber wenn man in eine Run-

de freundlicher, glatt rasierter Herren blickt, wird einem erst klar, was das bedeutet. Im Schummerlicht der Petroleumlampe sehen sie mit ihren Schals, Mänteln und Mützen, die man im Kabuler Winter auch zu Hause trägt, beinahe aus wie eine Gruppe von Bergsteigern, die sich nach anstrengendem Aufstieg nachts in der Almhütte versammeln. Dann zählt Farid die Strafen auf, die die Taliban verhängt hatten: die Anzahl der Gefängnistage fürs Musikhören, die Anzahl der Peitschenhiebe für den fehlenden Bart, die Anzahl der Hinrichtungen wegen vorehelichem Geschlechtsverkehr.

Später fragt der Besucher nach dem Loch im Schaufenster, das notdürftig mit Plastik überklebt ist. Vor ein paar Tagen ist jemand eingebrochen, sagt Farid. Unter den Taliban konnte er nachts den Laden offenstehen lassen, da wäre nie etwas gestohlen worden. Jetzt gibt es nicht einmal jemanden, bei dem er Anzeige erstatten könnte.

– Und die Polizei? Da fängt die Runde wieder an zu kichern. ■

Failed State oder Failed Aid?

Der Afghanistan-Experte Thomas Ruttig blickt zurück. 5 Jahre nach der Bonner Afghanistan-Konferenz sind viele Veränderungen nur oberflächlich. Die Friedensdividende ist ausgeblieben. Die Regierung wie die internationalen Akteure stecken in einer tiefen Vertrauenskrise.

Gut fünf Jahre nach dem Fall des Taliban-Regimes und dem politischen Neuanfang von Bonn befindet sich Afghanistan erneut an einem Scheideweg. Es gibt zu wenige Erfolge im Wiederaufbau. Das macht das Unvermögen deutlich, den politischen Prozess positiv ins Alltagsleben der afghanischen Bevölkerung zu übersetzen. Dadurch sind die „internationale Gemeinschaft“ und die Karzai-Regierung in eine tiefe Vertrauenskrise geraten, von der die Taliban und andere destruktive Kräfte nun profitieren. Und schon ist von Afghanistan als „failed state“ die Rede.

Zu lange haben die externen Akteure den politischen Prozess in Afghanistan durch eine rosarote Brille betrachtet. Dies betrifft vor allem die US-Regierung: Angesichts des von ihr im Irak verursachten Chaos sollte Afghanistan vor den Präsidentschaftswahlen 2004 als außenpolitischer Erfolg Bushs präsentiert werden. Koste es was es wolle, und sei es die Wahrheit. Viele Westeuropäer, darunter Deutschland, wollten nach ihrer Ablehnung des Irak-Abenteuers nicht noch einen weiteren Konflikt mit dem transatlantischen Verbündeten produzieren und folgten im Wesentlichen den US-Politikvorgaben. Die verdrängten Probleme holen uns – aber vor allem die Afghanen – nun ein.

Inzwischen sind fast ein Drittel des Landes No-Go-Areas für zivile Entwicklungshelfer. Dort muss man jederzeit mit Überfällen, Beschuss oder Hinterhalten rechnen. Dorthin schickt kaum eine westlichen Regierung oder NGO einen Mitarbeiter. Gefährlicher ist es aber vor allem für Afghanen geworden, die dort am Wiederaufbau mitarbeiten. Oft reicht schon die Visitenkarte oder eine Telefonnummer eines westlichen Partners für ein Todesurteil, wenn Taliban dies an einem ihrer mobilen Checkpoints entdecken. So entsteht ein Teufelskreis aus fehlender Sicherheit und fehlendem Wiederaufbau.

Beschönigung der afghanischen Realität

Einiges wurde sicher erreicht. Durch die Loya Jirgas 2002 und 2003/04 sowie die Präsidentsen-, Parlaments- und Provinzratswahlen 2004 und 2005 entstanden politische Institutionen. Es gibt eine neue Verfassung, Fortschritte im Bildungs- und Gesundheitssektor, eine relativ freie Medienlandschaft. Frauen können wieder arbeiten, Mädchen sich bilden. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen verdoppelte sich auf 300 US-Dollar. Die Wirtschaft wächst zweistellig.

Die internationale Gemeinschaft sagte Afghanistan auf den Konferenzen von Tokio, Berlin und London 26,8 Mrd. US-Dollar für den Wiederaufbau zu, auf sieben Jahre gerechnet. 40.000 Soldaten aus 37 Ländern sollen Sicherheit gewährleisten. Die afghanische Bevölkerung wünschte nach ihren bitteren Erfahrungen der vorangegangenen 25 Jahre ausdrücklich das – militärische wie entwicklungspolitische – Engagement des Auslands. Dass der afghanische Friedens- und Wiederaufbauprozess jetzt ins Stocken geraten ist, liegt daran, dass viele dieser Veränderungen an der politischen Oberfläche ge-



blieben sind. Ein gewähltes Staatsoberhaupt, ein Parlament kann man nicht ‚essen‘. Eine Verbesserung der Lebensumstände für einen signifikanten Teil der Bevölkerung aber ist ausgeblieben – die Friedensdividende fehlt.

Wenn der Grundstein schief liegt

Was ist falsch gelaufen? Zunächst liegt einiges in der Bonner Afghanistan-Konferenz selbst begründet. „Wenn der Grundstein schief liegt, kann die Mauer nicht gerade werden“, sagt ein afghanisches Sprichwort. Afghanistans Nachkriegsordnung wurde in Bonn zwischen einer dominanten bewaffneten Kriegspartei und drei kleineren, im Wesentlichen unbewaffneten Exilgruppen ausgemacht. Die erste, die frühere Nordallianz, dominiert bis heute in vielen Schlüsselbereichen. Gleichzeitig wurden Vertreter des unbewaffneten demokratischen Untergrunds und Exils, obwohl offiziell von UN und Bundesregierung eingeladen, nicht als fünfte Delegation zugelassen. Dies führte zum vollständigen Ausschluss dieser Kräfte aus dem folgenden Bonn-Prozess. Zudem wurde das Bonner Abkommen von der ersten Minute an verletzt. Kabul wurde nicht demilitarisiert. UN-Blauhelme wurden nicht angefordert, der Einsatz der Stabilisierungstruppe ISAF kam erst nach den entscheidenden ersten beiden Jahren und blieb auf Kabul beschränkt, weil die US-Regierung keine Behinderung in ihrem ‚Anti-Terror-Krieg‘ wünschte. Die Entwaffnung der ‚Milizen‘ blieb erfolglos. Heute geht die UNO von etwa 120.000 Angehörigen so genannter illegaler bewaffneter Gruppen aus, zufällig genau dieselbe Zahl, die 2001 nach Angaben der Nordallianz unter Waffen stand.

Diese Gruppen kontrollieren heute große Teile des Drogenhandels. Mit 6.100 Tonnen Rohopium – doppelt so viel wie im ersten Nach-Taliban-Jahr und 92 Prozent der Weltproduktion – markierte Afghanistan in diesem Jahr einen absoluten Rekord. Die CIA-Gelder für Anti-Taliban-Kommandeure, Erträge aus illegal erhobenen Steuern und über Schein-NGOs abgezweigte Hilfsgelder dienten als Anschubfinanzierung für dieses lukrativste aller Geschäfte. Längst expandieren die Drogenhändler in legale Wirtschaftszweige und monopolisieren diese. Sie sitzen in der Regierung, im Parlament und in Provinzverwaltungen. Die internationalen Truppen, deren Mandat die Drogenbekämpfung nicht vorsieht, und die machtlose – oder selbst korrupte – afghanische Polizei schieben sich den schwarzen Peter gegenseitig dafür zu, dass den Drogengeschäften nicht Einhalt geboten wird.

Enttäuschte Hoffnungen

Heute heißt es oft, dass Afghanistan nicht bereit sei für ‚die Demokratie‘ und der Westen sich ‚zu viel vorgenommen‘ habe. Diese Argumentation übersieht, dass

der Bonn-Prozess – mit den Loya-Jirgas-Wahlen – auf einen originär afghanischen Plan zurückgeht und an Vorkriegs-Strukturen anknüpft. Die Präsidentenwahl 2004 mit ihrer Wahlbeteiligung von enormen 80 Prozent war ein Beispiel für das Interesse der Bevölkerung an demokratischen Prozessen. Doch die Enttäuschung setzte ein, als Karzais Reformagenda Rhetorik blieb und er sich weiterhin auf die diskreditierten Jihadi-Führer stützte. Die Bil-



Little Pakistan, das Viertel der besser betuchten Rückkehrer aus dem südlichen Nachbarland.

dung einer konstruktiven und organisierten Opposition wurde verhindert, die pro-demokratischen Kräfte wurden weiter geschwächt.

Neben Korruption und Kriminalität ist es Karzais Personalpolitik, die Zweifel an der Regierung hervorruft. Wie soll die Bevölkerung Vertrauen in die Institutionen gewinnen, wenn unfähige Gouverneure und Polizeichefs nicht entlassen, sondern nur auf andere hohe Positionen versetzt werden, wenn belastete Personen sogar an international vereinbarten Prozeduren vorbei ernannt werden, wenn der Anruf eines hohen Amtsträgers genügt, beschlagnahmte Drogen wieder frei zu bekommen?

Afghanistanhilfe als Billigvarianten

Auch beim Wiederaufbau und in der Wirtschaft ist bei weitem nicht alles Gold was glänzt. Von den zugesagten 26,8 Mrd. Dollar sind nach BMZ-Angaben etwa 10 Mrd. noch nicht ausgegeben worden, sondern ruhen mangels Kapazität der Regierung (die aber kritisiert, dass zu viel über NGOs fließt) ungenutzt auf Konten. Anfang 2005 waren sogar erst Projekte für ganze 3,3 Mrd. Dollar umgesetzt worden. Zudem liegen die Pro-Kopf-Aufwendungen in Afghanistan weiter hinter denen in anderen Post-Konflikt-Ländern: In Bosnien betragen sie 679 US-Dollar, im Kosovo 526, in Osttimor 233, in Afghanistan gerade mal 57 Dollar. Eine Studie der RAND-Corporation belegt, dass eine minimale Pro-Kopf-Aufwendung von 100 Dollar Voraussetzung für eine erfolgreiche Stabilisierung ist.

Unsere eigenen politischen Mechanismen haben sich als unfähig erwiesen, den Afghanen nach 2001 schnell zu helfen – und heute die Strategien zu ändern. Zunächst ist der politische Wille gefragt, sich selbst und auch die afghanische Regierung kritischer ins Gericht zu nehmen. Hier immerhin scheint es Fortschritte zu geben. Andererseits zeigt das Beispiel Irak, wie versucht wird, die Verantwortung auf die irakische Regierung zu schieben. Anstatt vom ‚failed state‘ Afghanistan könnte man auch von ‚failed aid‘ sprechen.

Einen endgültigen Rückfall in die barbarischen Zeiten des Bürgerkriegs und der Taliban-Herrschaft lässt sich verhindern, wenn die internationale Politik endlich einmal die Wünsche der afghanischen Bevölkerung ernst nimmt und sich nicht vorrangig an innenpolitischen Erwägungen orientiert. Einen ‚all-afghanischen‘ Plan wird es nicht geben, sondern man wird sich der Mühe unterziehen müssen, in Dörfern und Distrikten teilweise neu zu beginnen. Dies könnte man auch Demokratie nennen – und von der hat es, denke ich, bisher eher zu wenig als zu viel gegeben. ■

Der Autor arbeitete von 2000-2006 in Afghanistan und ist z.Zt. Gastwissenschaftler bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.



Foto: Ulf Thiele

Ladenpassage in Kabul, November 2006.

Kommerzialisierungs-Agenda

Wer wissen will, woran die Hilfe in Afghanistan vielfach scheitert, der schaue sich die Privatisierungsdebatte an: zum Beispiel bei der Minenräumung. Ein Gespräch mit medico-Projekt Koordinator Sönke Widderich.

Welche Projekte in Afghanistan beschäftigen einen medico-Koordinator zur Zeit am meisten?
Gemeinsam mit Rita Velásquez, die zuständig ist für die finanzielle Betreuung der Projekte, bin ich derzeit am meisten mit zwei großen Minenräumprojekten betraut. Durchgeführt werden sie von unseren beiden afghanischen Partnern, dem Mine Detection and Dog Center (MDC), das Minen mit Hunden überall in Afghanistan räumt, und der Organisation for Mine Clearance and Afghan Rehabilitation (OMAR), die vor allen Dingen im Westen und in Kabul mit Minenräumern unterwegs ist und außerdem Aufklärungsunterricht über Minengefahren abhält. Dabei geht es um viel Geld. Am 1. März beginnt die neue Bewilligungsperiode für die nächsten 12 Monate: Die beiden vom Auswärtigen Amt geförderten Projekte haben ein Finanzvolumen von 3,6 Millionen Euro.

Ist das Minenräumen nach wie vor von solcher Bedeutung?

In Afghanistan sind drei Viertel aller Distrikte von Verminderung betroffen. Es gibt 4,1 Millionen Afghanen, deren Lebensraum direkt davon bedroht ist. Unsere Partner räumen monatlich eine Fläche, die 67 Fußballfeldern entspricht. Gerade kürzlich haben wir erlebt, wie Bauarbeiter auf einer als minenfrei ausgewiesenen Fläche mit der Spitzhacke auf eine Antifahrzeugmine stießen. Auf das Gelände sollten Wohnungen für rückkehrende Flüchtlinge aus Pakistan gebaut werden. Die Fläche wurde umgehend als Minenfeld ausgewiesen. MDC hat ein Team geschickt und vier weitere Antifahrzeugminen gefunden. Die wären in dem Moment hochgegangen, wenn die Bauarbeiter mit ihren Maschinen auf das Feld gefahren wären. Es ist also nach wie vor ein absolut drängendes Problem.

Ist Minenräumen ein attraktiver Job?

Wenn man vom Gehalt ausgeht, das nichtkommerzielle Organisationen zahlen können, kann man die Frage nicht positiv beantworten. Ein Minenräumer verdient 180 Dollar, ein Teamleader 280 Dollar im Monat. Unsere Partner haben kürzlich den Durchschnittswert eines Grundbedarf-Warenkorbs ermittelt und festgestellt, dass man mit dem Verdienst gerade so überleben kann. Auch im Vergleich mit Gehältern, die sonst im Zusammenhang mit ausländischen Geldgebern bezahlt werden, sind sie niedrig. Vor dem Sturz der Taliban, so erzählen unsere Partner immer wieder, habe man von dem Gehalt nach einem Jahr sein eigenes Haus bauen können. Heute gelinge das nicht einmal nach 20 Jahren.

Was sind die Gründe für diese massiven Lohneinbußen?

Nach dem Sturz der Taliban wurden die Gehälter bei den Minenräumern erheblich gekürzt. Die Gelder zur Finanzierung des humanitären Minenräumens werden leider stetig zurückgefahren. Außerdem sind die Lebenshaltungskosten aufgrund der massiven ausländischen Präsenz enorm gestiegen. Das schafft erhebliche Probleme. Allein bei MDC sind im vergangenen Jahr 24 Hundeführer von einer kommerziellen US-amerikanischen Entminungsfirma angesprochen und abgeworben worden. Für MDC bedeutet das nicht nur den Verlust erfahrener Mitarbeiter, sondern auch die Notwendigkeit in die Ausbildung neuer Leute ungeplant investieren zu müssen.

Können private Minenräumfirmen mehr zahlen?

Es gibt zwei Formen von Minenräumung. Das humanitäre Minenräumen und das Minenräumen im Bereich des Wiederaufbaus, also der Entwicklung von Infrastruktur wie Straßen und Hochspannungs-



Prothesenwerkstatt in Dschalalabad.



Foto: medico

Mechanische Minenräumung durch OMAR.

leitungen. Was auf den ersten Blick wie eine rein bürokratische Unterscheidung wirkt, verbirgt tatsächlich eine Konkurrenz zwischen privatem und öffentlichem Sektor. Das humanitäre Räumen kommt direkt der Bevölkerung zugute, bezieht sich auf Wohngebiete und Anbauflächen für die kleinen Bauern. Dieses Minenräumen wird von UNMACA organisiert, der UN-Organisation, die das Minenräumen in Afghanistan koordiniert. Hier stehen die Gehälter fest und hier arbeiten zumeist unsere Partner. Minenräumen im Bereich des Wiederaufbaus steht dagegen zunehmend nur kommerziellen Anbietern offen. Sie zahlen bessere Löhne. Das Geld für beide Töpfe kommt aber letztlich von internationalen staatlichen Gebern. Es gibt einen ständigen Kampf um die Finanzierung beider Programme. Da sind vermutlich einige Lobbyisten aktiv.

Bis vor kurzem war das noch anders. Da wurden auch viele Minenräumaktivitäten im Bereich Wiederaufbau von UNMACA ausgeschrieben und humanitäre Organisationen haben sich daran beteiligen können. Mitte 2006 hat die amerikanische Entwicklungshilfeagentur USAID dann aber entschieden, aus der humanitären Minenräumung auszusteigen und ihre Projekte stattdessen kommerziell auszuschreiben. An kommerziellen Ausschreibungen wiederum dürfen sich Non-Profit-Organisationen wie MDC und OMAR nach afghanischem Recht nicht beteiligen. In der Folge der USAID-Entscheidung verloren landesweit 69 Minenräumteams ihren Job.

Kann man etwas gegen die Abwanderung von Mitarbeitern unternehmen?

Unsere Partner versuchen, gewisse finanzielle Nachteile durch eine gute Arbeitsatmosphäre auszugleichen. Das funktioniert auch bei den besser bezahlten Stellen. Aber die Arbeit als Minenräumer ist schwierig und gefährlich. Da ist es attraktiver und sicherer, für mehr Geld bei der UN als Fahrer zu arbeiten. Wir versuchen die Gehaltsstruktur zu beeinflussen und haben gemeinsam mit unseren Partnern bei UNMACA, die die Gehälter festlegt, durchsetzen können, dass die Löhne angehoben wurden. Aber sie liegen nach wie vor deutlich unter denen privater Firmen.

Gibt es unter den afghanischen Minenräumorganisationen Ängste, dass ihr Arbeitsgebiet komplett kommerzialisiert wird?

Fazel Karim von OMAR oder Shohab Hakimi von MDC, die beiden Direktoren, sind sich ihrer Position als kompetente Minenräumer bewusst. Aber sie sind natürlich damit konfrontiert, dass die Mittel immer wieder zur Debatte stehen und regelmäßig einzelne Teile ihres Programms unter Druck geraten oder gar gekürzt werden müssen. Das Minenräumen ist ein großer und lukrativer Markt. Afghanistan ist das am stärksten vermint Land der Erde, mit dem größten Programm zur Minenräumung und einer entsprechenden Mittelausstattung durch internationale staatliche Geber. Deshalb versuchen kommerzielle Firmen immer stärker in diesen Bereich vorzudringen. Dazu gehören solche dubiosen Unternehmen



Foto: Uli Tietze

wie die südafrikanische Firma Mechem, die früher selbst Minen hergestellt hat und nun kräftige Gewinne im Bereich der Räumung macht. Die Kampagne zur Ächtung der Landminen hat einen solchen doppelten Profit immer wieder skandalisiert und gefordert, dass Rüstungsfirmen, die am Verkauf von Minen verdient haben, nicht noch von deren Beseitigung profitieren sollten. Doch in der allgemeinen Privatisierungswut werden solche Argumente allzu oft ignoriert.

Privatisierung als Entwicklungspolitik?

Wie überall wird der Privatisierungsdruck damit begründet, dass Privatfirmen effektiver seien. Man verweist dabei gern auf die bosnische Erfahrung. Im Gegensatz zu Bosnien gibt es in Afghanistan jedoch erfahrene, nichtkommerzielle Entminungsorganisationen unter afghanischer Führung und mit afghanischen Mitarbeitern. In der Entwicklungspolitik führt man gern das Wort „ownership“ als Schlüsselbegriff im Mund. Dahinter verbirgt sich die richtige Idee, dass Selbst-

ermächtigung der Menschen vor Ort der einzige Weg zu erfolgreichen und nachhaltigen Projekten ist. Die afghanische „ownership“ muss bei den Minenräumorganisationen nicht erst noch mühsam eingeführt werden. Sie ist dort bereits geklärt. Sie liegt in afghanischen Händen. Angesichts der großen Probleme in Afghanistan darf man doch so etwas auf keinen Fall gefährden.

Außerdem gelingt es unseren afghanischen Kollegen auch ohne Privatisierung, die Qualität ihrer Arbeit zu verbessern. Wir haben Uli Tietze, einen ehemaligen medico-Kollegen, der seit vielen Jahren im Minen-Bereich international tätig ist, nach Afghanistan geschickt, um Möglichkeiten der Qualitätssicherung und Effizienzsteigerung zu untersuchen und mit den Partnern zu besprechen. Das war sehr erfolgreich. Auch deshalb, weil es ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen uns und unseren afghanischen Kollegen gibt.

Worin besteht die Rolle von medico bei diesen Projekten?

Wir akquirieren die Mittel, in diesem Fall beim Auswärtigen Amt. Wir tragen die Verantwortung für die Qualität der Arbeit und sind gegenüber den Gebern darüber rechenschaftspflichtig. Gleichzeitig nehmen wir gegenüber Dritten, die in dem Bereich auch noch tätig sind, die Interessen unserer Partner wahr. Leider haben wir auch gegenüber UN-Organisationen häufig noch ein besseres Standing als unsere afghanischen Partner.

Gibt es eine „neokoloniale“ Überheblichkeit der internationalen Strukturen?

Man kann sie zumindest bei Einzelpersonen antreffen. Bei der UN gibt es immer mehr Afghanen in Führungspositionen. Das bringt klimatische Verbesserung. Aber es gibt auch immer wieder ausländische Experten, und manche in hochrangigen Positionen, bei denen der Habitus des „Aufräumers“ sehr wohl verbreitet ist. Sie wollen ganz schnell alles neu und anders machen, ohne sich vorher mit der vorhandenen Situation ernsthaft vertraut gemacht zu haben. Eine solche Haltung ist nicht hilfreich und löst bei unseren Partnern Verunsicherung aus. Wir haben gerade deshalb ein sehr gutes Verhältnis zu unseren afghanischen Kollegen, weil wir sie in ihrer Kompetenz und Kenntnis ernst nehmen. Es braucht eine andere Haltung ausländischer Experten gegenüber den Anstrengungen der Menschen in Afghanistan. Damit wäre schon viel gewonnen.

Das Interview führte Katja Maurer

Projektstichwort

Neben der staatlich finanzierten Minenräumung unterstützt medico zwei OMAR-Frauen-Teams, die Frauen und Kinder über die Gefahr von Minen und nichtexplodierten Sprengkörpern aufklären. Die Programme sind sehr beliebt, weil sie einen didaktisch klug ausgearbeiteten und unterhaltsamen Unterricht anbieten. Aus Spenden wird auch die hauseigene Tagesklinik von MDC gefördert, die auch der lokalen Bevölkerung offen steht. Die Klinik bietet unter anderem frauenärztliche Untersuchungen und Familienplanung an. Erstmals soll jetzt auch eine Kombination aus Physio- und Psychotherapie für Frauen angeboten werden. Für diese Arbeit brauchen unsere Partner dringend Unterstützung. Das Stichwort dafür lautet: **Afghanistan**

Irak: Under Fire

„Wartordisierung“ des Alltagslebens

Die Situation in Bagdad wird von Tag zu Tag unerträglicher. Überall droht Gewalt und das tägliche Leben der Menschen wird von Milizen kontrolliert. Ehemals überfüllte Märkte und Strassen sind leer, Geschäfte schließen, falls sie überhaupt öffnen, bereits nachmittags. Menschen hasten umher. Vielfach ist die Depression und Traurigkeit derer förmlich zu greifen, die einfach nur überleben, die weder sterben noch selbst töten wollen. Bagdads Krankenhäuser sind zu Brutstätten der Milizen geworden. Kaum jemand lässt sich noch behandeln, ist doch oft unklar, wer gerade das Gebäude kontrolliert, und ob man als Schiit bzw. Sunnit lebendig oder tot wieder herauskommt. Innerhalb Bagdads sind wir dazu mit einer Flüchtlingsbewegung konfrontiert, die einer still tickenden Zeitbombe gleicht. Die Stadt ist mehr und mehr in kleine Gouvernements mit unsichtbaren Grenzen zerfallen. So müssen Lastwagen, die die Viertelgrenzen sicher passieren wollen, an den wilden Checkpoints entweder die Fahrer wechseln oder die Ware wird umgeladen. Die ethnischen Säuberungen lassen unzählige Familien, die ihr Quartier verlassen mussten, völlig schutzlos unter freiem Himmel kampieren. Auch wir haben aus Angst um unser Leben die



Foto: Doctors for Iraq

Flüchtlingsversorgung in Ramadi, Provinz Al Anbar, westlich von Bagdad.

Arbeit in Bagdad auf ein Minimum reduziert. Wie zu Beginn der *Doctors for Iraq*, arbeiten unsere Ärzte wieder aus ihren privaten Wohnungen heraus. In den Provinzen westlich und nördlich Bagdads ist die Sicherheitslage nicht viel besser. Auch dort mussten unsere mobilen Kliniken, die mit Unterstützung von medico die Kriegsflüchtlinge versorgen, ihre Arbeit unterbrechen. In Mosul planen wir dagegen ein neues Büro zu eröffnen.

(Dr. Salam Ismael, per E-Mail aus Bagdad).

Spendenstichwort: Irak

Südafrika: Machismo im Fokus

Workshops zur HIV/AIDS-Prävention

Ökonomische Ausgrenzung wirkt schnell als Katalysator für Gewaltverhältnisse innerhalb der sozial Entrechteten. Besonders bei Jugendlichen. Deren Gangs und aggressiver Machismo, der Vergewaltigung allenfalls als Kavaliersdelikt begreift, beherrschen auch die südafrikanischen Townships. Seit

Herbst 2006 unterstützt medico ein Pilotprogramm innerhalb des HIV/AIDS-Programms unseres südafrikanischen Partners SINANI, das bewusst versucht, die gewaltbereite männliche Dominanzkultur aufzubrechen. SINANI will dadurch Veränderungsprozesse initiieren, die die Neuinfektionen mit HIV, wie auch die männliche Gewalt

sowohl gegenüber Frauen und Kindern, als auch zwischen Männern verringern helfen. In mehreren Gesprächsrunden diskutieren junge Männer offen über eigene Gewalterfahrungen in der frühen Kindheit, wie auch über die Gewalt, die sie später gegen andere ausübten. Selbst sexuelle Gewalt, ob selbst erlitten oder ausgeübt, wird thematisiert. Im geschützten Raum moderierter Workshops erfahren viele junge Männer erstmals, wie Gleichaltrige denken, fühlen und han-

deln. Einige von ihnen werden, als Multiplikatoren weitergebildet, in ihren Vierteln und an Schulen ähnliche Gesprächsrunden anbieten. Ein konkreter Schritt, nicht nur um die Subkultur aus Gang- und Jugendgewalt zu unterterminieren, sondern auch die Vergewaltigungen von Frauen zu verringern. Die Workshops werden 2007 fortgesetzt.

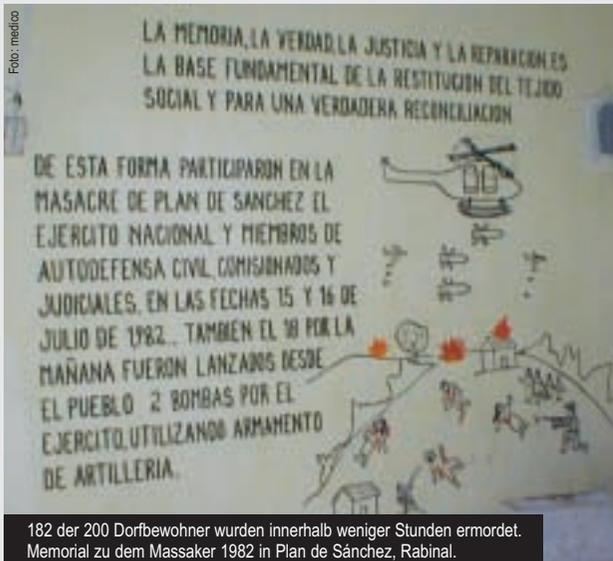
Spendenstichwort: Südafrika

Guatemala: Rückkehr der Violencia

Drohungen auch gegen medico-Partner

Die Ironie der Geschichte ist manchmal grausam. In den achtziger Jahren morden die Todeskommandos von Oberst Roberto D'Aubuisson in El Salvador tausendfach. Auch in Guatemala massakrierte das Militär die Zivilbevölkerung. 20 Jahre später, im Februar 2007, erschossen und verbrannten Mitglieder der guatemaltekischen Nationalpolizei (Abteilung: organisiertes Verbrechen) D'Aubuissons 32-jährigen Sohn und zwei seiner Begleiter auf offener Landstrasse. Kurz darauf wurden die durch Videoaufnahmen überführten Polizisten festgenommen – um wenige Tage später ihrerseits grausam ermordet zu werden: Unbekannte Killer, ver mummt und mit MP's und Messern ausgerüstet, drangen in ihre Gefängniszellen ein, erschossen die mutmaßlichen Täter und schnitten ihnen die Köpfe ab. Weniger spektakulär – noch – sind die Drohungen, denen Menschenrechtsaktivisten in Guatemala in letzter Zeit verstärkt ausgesetzt sind. Das *Team für Gemeindestudien und Psychosoziale Aktion* (ECAP), ein langjähriger medico-Partner, begleitet in der Provinz Rabinal die Exhumierung von geheimen Gräbern aus der Zeit des Bürgerkrieges und arbeitet mit den Opfern der guatemaltekischen violencia. Dabei erhalten sie nicht nur Hass-E-Mails und anonyme Anrufe, sondern werden, wie in jüngster Zeit geschehen, auch am helllichten Tage verfolgt. Am 23. Januar setzte

sich ein unbekannter Mann im Überlandbus neben eine ECAP-Mitarbeiterin, sprach sie mit Namen an und bedrohte sie: „Reist nicht herum und hört auf, ihr Hurensöhne, oder wollt ihr, dass euch noch mehr passiert?...“. ECAP nimmt diese Verfolgung von unbekannter Seite, auch ange-



sichts der jüngsten Mordserie, sehr ernst, wird aber seine Arbeit fortsetzen.

Spendenstichwort: Guatemala

Keine Utopie

Warum die WHO an ihrem Ziel „Gesundheit für Alle“ festhalten sollte

Was man von der neuen Direktorin der Weltgesundheitsorganisation (WHO), Dr. Margaret Chan erwarten kann, ist Spekulation. Was notwendig wäre, das beschreibt Alison Katz in ihrem offenen Brief an die neue Führung. Nichts weniger als einen Paradigmen-Wechsel fordert die langjährige Mitarbeiterin der WHO und Aktivistin des People's Health Movement in ihrem Brief, den wir in Auszügen veröffentlichen.

Gesundheit

Sehr geehrte Frau Doktor Chan,

bevor Sie die Führung der WHO übernahmen, war diese internationale Behörde jahrzehntelang einem permanenten Druck von mächtigen Minderheiten ausgesetzt. In dieser Zeit ist die WHO der neoliberalen Globalisierung zum Opfer gefallen. Ein Teil der WHO-Mitarbeiter auf höchster und mittlerer Ebene haben versucht, wenigstens die schlimmsten Auswüchse dieses Prozesses zu verhindern. Aber der angerichtete Schaden ist groß. Da ist nicht nur die Tragödie der vermeidbaren Krankheiten und der Skandal, dass daran nach wie vor Millionen von Menschen sterben. Da ist auch die Tatsache, dass die WHO viele Freunde unter den Menschen verloren hat, die auf sie angewiesen sind. Stattdessen hat sie reiche und mächtige „Partner“ gewonnen, die vor allen Dingen auf Ausweitung ihrer Einflusszonen erpicht sind.

Die Welt braucht eine Rückkehr zu den Zielen sozialer und ökonomischer Gerechtigkeit. Im Gesundheitsbereich ist dies das Versprechen der „Erklärung von Alma Ata“. Der WHO-Slogan „Gesundheit für Alle“ war Ergebnis eines 30-jährigen Prozesses, von 1945 bis 1975, in dem es um eine gerechtere und damit gesündere Welt ging. Das war die Zeit der Entkolonisierung, als die Notwendigkeit, Macht und Ressourcen umzuverteilen, noch Common Sense war. Damals waren alle davon überzeugt, dass eine universelle und umfassende öffentliche Verantwortung existiert, um den wichtigsten Gesundheitsbedürfnissen der Menschen zu entsprechen.

Wenn die Zyklen von Fortschritt und Rückschritt etwa 30 Jahre betragen, dann könnte jetzt nach 30 Jahren Rückschritt, in denen mächtige Minderheiten ihre Interessen durchgesetzt haben, wieder die Chance bestehen, 30 Jahre Fortschritte hin zu sozialer Gerechtigkeit zu erreichen. Einige Ihrer Aussagen stärken bei mir die Vermutung, dass Sie diesen Prozess beschleunigen könnten.

Sie identifizieren Armut und Unsicherheit als zwei der größten Bedrohungen für Harmonie; ein Begriff, der – wie Sie zutreffend anmerken – „zum Kern der WHO-Charta gehört“. Sie sagen, dass „Gesundheit mit Entwicklung und mit Sicherheit verbunden ist, und daher auch mit Harmonie.“



Foto: Miriam Lindthaler

Eine Perspektive von sozialer Gerechtigkeit würde noch einen Schritt weiter gehen: Frieden und Sicherheit sind von hier aus ohne Gerechtigkeit nicht zu erreichen.

Ungleichheit macht krank

Wir sollten uns heute auf die Ungleichheit und nicht nur auf die Armut konzentrieren. Denn ungleiche Machtverhältnisse verursachen Armut und Unsicherheit. Ungleichheit ist – jenseits materiellen Wohlstands oder materieller Entbehrungen – schlecht für die Gesundheit und für eine gefestigte, sichere und gesunde Gesellschaft. Einige Daten, die die Schere der Ungleichheit verdeutlichen: Heute besitzen 1 % der Erwachsenen 40 % der globalen Vermögenswerte; die reichsten 10 % besitzen sogar 85 % weltweit. Diese Ungleichheit ist nicht nur grotesk, sondern tödlich.



Frankfurt Summit

Ein pharmazeutisches Produktions- und Technologiezentrum für die Habenichtse

Dieser Gipfel bestand aus einer Handvoll Personen. Weder Gegendemonstrationen noch Personenschutz waren angebracht und nötig. Geflogen kamen die Teilnehmer von weither. In Frankfurt trafen sich im Februar der Arzt und alternative Nobelpreisträger Zafrullah Chowdhury aus Bangladesh (unsere Titelfigur aus dem letzten Heft) und die Chemikerin Eloan Pinheiro aus Brasilien auf halber Strecke mit den medico-Kollegen. Debattiert wurden nichts weniger als Alternativen zur herrschenden, gewinnorientierten Pharmaproduktion, die bezahlbare Medikamente für Arme zur Verfügung stellen. Das Ergebnis ist ein ganz konkreter Vorschlag mit Budget und Kostenplan für ein Produktions- und Technologiezentrum von AIDS-Medikamenten der 2. Generation bei dem medico-Partner Gonshasthaya Khendra in Bangladesh. Gelänge es, wäre es eine öffentliche Produktion in sozialer Verantwortung. Wir suchen dafür große und kleine Unterstützer. Ihre Spende wird erbeten unter dem Stichwort: **Bangladesh**

Es ist in Mode gekommen, sich mit den Armen auseinander zu setzen, indem man Partnerschaften mit den „Reichen“ eingeht. Wenn man das fundamentale Problem der Ungleichheit angehen will, dann muss man dieses Muster vom Kopf auf die Füße stellen. Man muss sich mit den Reichen auseinandersetzen. Sie sind die Architekten einer Politik, die Ungleichheiten produziert und verstärkt.

Angemessene Steuereinkünfte

Sie stellen fest, dass „die Landschaft des öffentlichen Gesundheitswesens eine komplexe und dicht gedrängte Arena von Aktivitäten geworden ist, mit einer wachsenden Anzahl von Gesundheitsinitiativen“, und Sie erinnern uns daran, dass die WHO „aufgrund ihrer Charta das Mandat besitzt, im Bereich der Gesundheit zu koordinieren und die Richtung vorzugeben.“ Wie Sie wissen sind Public Private Partnerships zum politischen Paradigma für globale Gesundheitsarbeit geworden – trotz der offensichtlichen Interessenskonflikte. Behörden und Organisationen mit öffentlicher Verantwortung

„verpartnern“ sich mit dem privatwirtschaftlichen Sektor, weil nur noch er über die entsprechenden finanziellen Mittel verfügt. Neoliberale Wirtschaftsaufgaben haben dafür gesorgt, dass Steuereinnahmen als Grundlage öffentlicher Budgets sukzessive zurückgefahren wurden – auf Druck transnationaler Konzerne und internationaler Finanzinstitutionen.

Wie kann die Lösung des Problems darin liegen, dass man bei dem Sektor betteln geht, der für dieses Problem verantwortlich ist? Die Lösung ist vielmehr wirtschaftliche Gerechtigkeit. Dazu gehören auch angemessene nationale und internationale Steuersätze, um eine entsprechende Finanzierung für alle öffentlichen Dienste und öffentlichen Institutionen wie der WHO durch reguläre Budgets sicherzustellen.

Sie berichten, dass „die Geldsummen, die von Stiftungen sowie öffentlichen Institutionen und Regierungen zur Verfügung gestellt werden, so hoch wie nie zuvor“ seien. Das wäre positiv, wenn Sie in der Lage wären, diese Gelder entsprechend Ihren Visionen und Prioritäten einzusetzen – wie es Ihr Recht und Ihre Pflicht ist. Aus meiner Sicht kann das nur gelingen, wenn die WHO selbst über ein zu 70% gesichertes Budget verfügt, um unwillkommene Einflussnahme zurückzudrängen. Der private Sektor hat in der Entwicklung und Ausgestaltung einer nationalen und globalen öffentlichen Gesundheitspolitik nichts zu suchen.

Privatisierung von Wissen

Sie benennen technische Kompetenz als eine der vier Vorzüge der WHO und Sie stellen fest, dass „die WHO die wissenschaftliche Forschungs- und Entwicklungsagenda beeinflussen muss.“ Dann sollten die Kommerzialisierung von Wissenschaft und die enge Beziehung zwischen der Industrie und den akademischen Institutionen bei der WHO größte Besorgnis auslösen. Die international renommierte Fachzeitschrift für Gesundheitsfragen „The Lancet“ hat festgestellt, dass „akademische Institutionen ein eigenes Geschäft geworden sind, die versuchen, Forschungsergebnisse und -entdeckungen für ihre eigenen Zwecke zu vermarkten, statt ihren unabhängigen wissenschaftlichen Status zu bewahren.“ Genauso beunruhigend sind die rein auf Handel bezogenen Regularien zum Schutz des geistigen Eigentums. Das ist eine nie zuvor da gewesene Privatisierung von Wissen. Wissen muss jedoch in der öffentlichen Hand bleiben – zugänglich für alle.

Angesichts des anhaltend hohen Maßes von vermeidbaren Krankheiten und dem damit einhergehenden alarmierenden Wiederaufleben von alten und neuen Infektionskrankheiten, angesichts der verheerenden Auswirkungen von Umweltzerstörung und Ressourcenknappheit auf die öffentliche Gesundheit kann sich die Welt eine „Wissenschaft der Konzerne“ nicht leisten. Die WHO besitzt die Autorität und Kompetenz und muss deshalb die Führung in Sachen öffentliches Wissen übernehmen. Sie muss die Gegenstände der wissenschaftlichen Forschung bestimmen, sie muss sie finanzieren und dafür Sorge tragen, dass das Wissen im Sinne aller angewandt wird.

Doktor Chan, Ihre Visionen sind eine Inspiration für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der WHO. Sie werden Mut und Überzeugungskraft benötigen, um sie gegen eine mächtige Opposition durchzusetzen.

Herzlichst Ihre
Alison Katz

Übersetzung: Heike Kleffner

Preiskrieg auf Kosten AIDS-kranker Kinder

medico international und die BUKO-Pharmakampagne protestieren: Boehringer Ingelheim behindert Zugang zu AIDS-Sirup für Kinder.

Allein im südlichen Afrika sind zwei Millionen Kinder HIV-positiv. Doch nicht einmal zehn Prozent der Jungen und Mädchen erhalten die Medikamente, die sie zum Überleben bräuchten. Einer der Gründe: Die Medikamente sind viel zu teuer.

Eines der wenigen Medikamente für aidskranke Kinder ist der Nevirapine-Sirup. Indische Generika-Firmen produzieren das Medikament seit vielen Jahren kostengünstig und exportieren es auch in arme Länder. Doch dieser preiswerte Zugang zu AIDS-Medikamenten ist nun bedroht. Die deutsche Firma



AIDS-kranke Kinder in Südafrika.

Foto: medico

Boehringer Ingelheim produziert das Originalpräparat und hat in Indien einen Patentantrag auf das Medikament gestellt. Medico international und die BUKO Pharma-Kampagne sehen in dem Patentantrag einen Präzedenzfall: Wird dem Patentantrag stattgegeben, ist mit weiteren Patentanträgen von Boehringer und anderen Unternehmen in Indien zu rechnen. Damit droht der indischen Generika-Produktion in der bisherigen Form das Aus. Eine wichtige Quelle für preiswerte Medikamente könnte versiegen.

Im Fall des Kindersirups bleibt der indischen Regierung zwar theoretisch die Möglichkeit, eine Zwangslizenz zu verhängen und so die Produktion zu sichern. Dann allerdings müssten indische Unternehmen eine Gebühr von 5-10% an Boehringer entrichten. Kommt es nicht zur Zwangslizenz, müssen die indischen Produzenten aufgeben oder eine Produktlizenz bei Boehringer beantragen. Damit kann das Unternehmen den Preis bestimmen.

Die südafrikanische Firma Aspen produziert den Sirup in Lizenz von Boehringer. Das südafrikanische Lizenz-Medikament ist doppelt so teuer wie das indische Produkt.

Die BUKO Pharma-Kampagne und medico international protestieren darum gegen den Patentantrag von Boehringer Ingelheim. Wir fordern das Unternehmen auf, seinen Patentantrag unverzüglich zurückzunehmen: „Setzen Sie ein Zeichen für einen gerechten Zugang zu lebensnotwendigen Medikamenten! Beenden Sie den Preiskrieg auf Kosten kranker Kinder!“

Helfen Sie mit!

Medico international und BUKO Pharma-Kampagne bitten Spenderinnen und Spender, Unterstützerinnen und Unterstützer um Mithilfe. Unterschreiben Sie! Sammeln Sie Unterschriften! Legen Sie Informationsmaterial aus.

Unterschreiben Sie im Internet unter: www.medico.de oder www.bukopharma-kampagne.de. Fordern Sie Informationsmaterial an! Telefon: medico international: (069) 944 38-0 oder BUKO-Pharmakampagne: (0521) 60550.

unterschriftenkampagne

Das Ende einer Ära

Die EU verabschiedet sich vom postkolonialen schlechten Gewissen und will in bilateralen Verträgen mit afrikanischen Ländern die WTO-Regeln noch verschärfen

Afrika

Ein opulentes Buch bewarben während des Weltsozialforums in Nairobi einige Buchläden in ihren Auslagen: den Fotoband „Geldof in Africa“. Dicker als jeder kenianische Safariführer erzählt das Buch von den Afrika-Reisen des „barmherzigen Barden“ (Die Zeit) Bob Geldof, der sich seit dem ersten Life-Aid-Konzert 1985 gerne als bester Freund des Kontinents präsentiert.

Ebenso altruistisch und gutherzig wie Geldof stellt sich das politische Europa dar, wenn es um seine Afrikapolitik geht. Das 2005 vom Europäischen Rat verabschiedete Afrika-Strategiepapier verspricht die Verbesserung der Beziehungen zwischen den Kontinenten und die Förderung von Sicherheit und Frieden. Deutsche Zeitungen berichteten geradezu begeistert über die dritte Afrikareise von Bundespräsident Köhler im Winter 2006. Nach einer Tanzeinlage mit Ghanas Präsident Kufuor unterstrich dieser mit Blick auf die Zukunft Afrikas: „Deutschland trägt mit seinen Präsidentschaften in der Europäischen Union und der G8 eine besondere Verantwortung. Nicht alle Erwartungen werden sich erfüllen können. Wir werden uns aber anstrengen und unser Bestes geben.“

Doch die Afrika-Politik der EU und der Bundesregierung ist ebenso wenig selbstlos wie die Afrika-Einsätze von Popstars wie Bob Geldof und anderen Stars. So will die Europäische Union Ende 2007 bilaterale Wirtschaftsabkommen zwischen der EU und den 77 assoziierten AKP-Staaten (größtenteils afrikanische Länder) unter Dach und Fach bringen, die den berüchtigten Praktiken bilateraler Abkommen der USA in nichts an einseitiger Vorteilnahme nachzustehen scheinen. Unter dem beschönigenden Titel Ökonomische Partner-Abkommen – Economic Partnership Agreements, EPAs – werden alle AKP-

Staaten zur Liberalisierung von Investitionen und öffentlicher Auftragsvergabe gedrängt – mit einem Ziel: europäischen Unternehmen möglichst günstige Rahmenbedingungen zu verschaffen. Dazu zählt auch die Schaffung von Freihandelszonen, die vor allem den dominanten Ländern Vorteile bringt. Europa möchte mit allen Mitteln seine Industrien und Märkte sichern und nimmt dabei auf entwicklungspolitische Ziele wie Arbeitsbekämpfung oder den Schutz der lokalen Märkte kaum Rücksicht.

Europäische Schlachtreste nach Afrika

Die EPAs werden – in der geplanten Form verabschiedet – dazu führen, dass die AKP-Staaten weiter Staatseinnahmen verlieren, weil sie dann auch keine Importzölle mehr erheben dürfen. Die Folgen dieser Politik werden in Ghana bereits heute deutlich. Hier hat die von der EU erzwungene Senkung der Importzölle zur Überschwemmung der Märkte mit europäischen Lebensmitteln geführt. Durch Preise für die europäischen Schlachtreste, die weit unter den lokalen Produkten liegen, gehen Kleinproduzenten bankrott. Die Folgen: Arbeitslosigkeit und die Informalisierung von Beschäftigungsverhältnissen – ganz abgesehen von den gesundheitlichen Konsequenzen der miserablen Restfleisch-Qualität.

Ausgehend von der Logik der Marktsicherung und dem Schutz der europäischen Exporte bewegt sich EPAs im Geist aller anderen bilateralen Handelsabkommen. Von dem undurchschaubaren Konvolut an Paragraphen und detaillierten Einzelregelungen, die die Anwälte der Lobby-Vertreter hineingeschrieben haben, sind die unterzeichnenden Politiker meist überfordert. Die Folgen können im Einzelfall verheerend sein. So haben bislang alle bilateralen Handelsabkommen die ohnehin schon zu Gunsten der dominanten

Staaten ausgerichteten restriktiven Regelungen der Welthandelsorganisation (WTO) weiter verschärft. Die bilateralen Handelsabkommen der USA mit den mittelamerikanischen Ländern beispielsweise haben den Patentschutz für bereits patentfreie Medikamente wieder eingeführt, was nun lokale Generika-Produzenten (von patentfreien Nachahmer-Produkten) in ihrer Existenz bedroht und zu massiven Preiserhöhungen für einfachste Medikamente führen wird. So äußerte die Bundestagsfraktion der Grünen bereits Befürchtungen, dass ähnliche Pläne mit EPAs verbunden sein könnten. Sie forderte, dass EPAs keine über die Regelungen der Welthandelsorganisation (WTO) hinausgehende Vereinbarung im Bereich der geistigen Eigentumsrechte TRIPS beinhalten dürften.

Afrikanische Netzwerke gegen EPAs

Die Sorge vor den möglichen Folgen der neuen Abkommen mit Europa war auf dem 7. Weltsozialforum Anfang Januar in Nairobi überall präsent; viele Workshops und Aktionen beschäftigten sich mit EPAs. Afrikanische Basisnetzwerke zogen demonstrierend zur Vertretung der Europäischen Kommission in Nairobi. Die StopEPA-Kampagne wird international von fast 200 Organisationen und Netzwerken getragen. Sie kritisierten, dass die Handelspolitik Europas ebenso kompromisslos und profitorientiert sei wie die der viel gescholteneren Länder USA und China. Lediglich ökonomische und sicherheitspolitische Interessen Europas würden über EPAs durchgesetzt. Die internationale Bewegung gegen EPAs fordert deshalb, den Zeitdruck aus den Verhandlungen



Foto: Musée de l'Homme, Paris

Während der Kolonialausstellung von 1931 waren die Pariser verrückt auf diese mit dünnem Leinen bezogene Kopfbedeckung aus Kork, den Kolonialhelm.

zu nehmen und über gerechte Alternativen nachzudenken, die den Entwicklungsbedürfnissen der betroffenen Länder gerecht würden. Gerechte Handelsbeziehungen forderten auch die 180 europäischen Nichtregierungsorganisationen, darunter auch medico international, in einem Brief an Bundeskanzlerin Merkel. Ob es gelingt EPAs zu verhindern? Die Europäische Union hat gedroht, wenn die AKP-Staaten nicht unterzeichnen, werde sie die Auszahlung der Finanzhilfen stoppen. So wird die Partnerschaft mit Afrika konkret ausgestaltet: durch Erpressung.

Anne Jung

Projektstichwort

Besonders im Zugang zu afrikanischen Rohstoffen spielen die von der EU eingeforderten Handelsliberalisierungen eine Rolle. Gerade hier aber wäre die lokale Inbesitznahme der Ressourcen ein entscheidender Weg kriegerischer Gewalt vorzubeugen. Das versucht mit Unterstützung von medico international das sierraleonische „Network Movement for Justice and Development“ in der Diamantenregion des Landes: Lokale Kooperativen von jungen Erwachsenen im Diamantenabbau werden unterstützt. Spenden dafür werden erbeten unter: **Sierra Leone**

Von einem Tsunami zum nächsten

Unterwegs zu einem Menschenrechtsprojekt. Ein Reisebericht von Thomas Seibert.

Sri Lanka

Ich bin unendlich müde“, sagt Nimalka Fernando von der Menschenrechtsorganisation IMADR, „aber wir werden jetzt wieder tun müssen, was wir schon in den Achtzigern und dann in den Neunzigern getan haben: die Gewalt aller Seiten dokumentieren, den Hintergrund ausleuchten, versuchen, Opfer und Zeugen zu schützen.“ Das erste Mal traf ich die streitbare Anwältin wenige Tage nach dem Tsunami, als ihre Organisation mit der Unterstützung medicos Nothilfe an der Küste leistete. Diesmal geht es um erste Pläne für ein Menschenrechtsprojekt, an dem sich gleich mehrere der medico-Partner auf der Insel beteiligen würden – wenn es denn zustande kommt. Es herrscht wieder Krieg auf Sri Lanka. Kurz nach dem Tsunami sah das noch anders aus. Trotz der ungeheuren Zerstörungen kam es nicht zur „humanitären Katastrophe“, nicht zu Hunger, zu keinen Epidemien und auch nicht zu Plünderungen, im Gegenteil. Aus dem singhalesischen Süden trafen mit Lebensmitteln, Kleidung und Medikamenten beladene Hilfskonvois auch im tamilischen Nordosten ein, Rettungsmannschaften der Rebellen bargen und versorgten unterschiedslos singhalesische und tamilische Opfer. Ein halbes Jahr später war die Chance vertan. Der Oberste Gerichtshof suspendierte ein Abkommen, in dem sich Regierung und Rebellen auf eine angemessene Verteilung der internationalen Hilfsgelder geeinigt hatten. Als die LTTE daraufhin den Außenminister ermordete, eskalierte die Situation. Die Regierung sperrte die Straße nach Jaffna, belagerte das von den Rebellen verwaltete Vanni und bombardierte LTTE-Stützpunkte an der Ostküste. Präsident Rajapakse legitimiert das als Beitrag Sri Lankas zum weltweiten „Kampf gegen den Terror“ und darf sich der Deckung aus Washington sicher sein. Im Juni 2006 gossen die Innenpolitiker der Europäischen Union Öl in die Flammen, als auch sie die LTTE zu weltweiter Verfolgung ausschrie-

ben. Wenn Nimalka Fernando wie die meisten srilankischen Menschenrechts- und FriedensaktivistInnen den EU-Beschluss entschieden kritisiert, dann nicht in Parteinahme für die Rebellen, sondern weil sie weiß, dass der Konflikt weder mit der Rhetorik des „Anti-Terror-Kriegs“ noch mit seiner Reduktion auf die „tamilische Frage“ gelöst werden kann.

Die Leute von Saltion 1 Um weitere Partner des geplanten Menschenrechtsprojekts zu treffen, reise ich mit Nimalkas Kollegen Kishor in den Nordwesten. Unsere erste Station heißt Puttalam, genauer: Saltion 1. Hier leben Tamilen, die moslemischen, nicht hinduistischen Glaubens sind: eine Minderheit der Minderheit. Vor sechzehn Jahren wurden sie von der LTTE aus dem weiter nördlich gelegenen Mannar vertrieben, seither trennt der Konflikt nicht mehr nur Tamilen und Singhalesen, sondern auch Hindus und Moslems.

Saltion1 ist ein Haufen palmbblattgedeckter Hütten aus Holz und Wellblech, von schlammigen Wegen durchzogen. Chikungunya- und Denguefieber sind ebenso weit verbreitet wie Diarrhoe und Cholera, fünf Familien teilen sich ein zwischen den Hütten liegendes Plumpsklo, die Sickergruben sind verstopft, Wasser gibt es nur zweimal am Tag. Ein Fünftel der rund hundert Moslemcamps rund um Puttalam sind in solcher Verfassung. Das Lager heißt so, weil nebenan Meersalz gewonnen wird, eine Arbeit, die auch Männern aus dem Lager ein Einkommen gewährt. Der Tagesverdienst liegt bei 150 Rupien, wenig mehr als ein Euro. Finden sie zeitweilig Anstellung in einem der Hotels von Puttalam, verdienen Frauen und Kinder etwas Geld hinzu. Leicht ist das nicht, weil die alteingesessenen, ebenfalls moslemischen Einwohner der Stadt selbst arm und auf diese Jobs angewiesen sind.



Flüchtlingsfrauen im Camp von Thallikulam, Dezember 2006.

Foto: medico

ner Sache an den Friedensverhandlungen beteiligt zu werden: Dass der Krieg zwar alle Menschen auf der Insel, die Frauen aber anders als die Männer trifft, soll deshalb auch ein Schwerpunkt der Aufklärungsarbeit des Menschenrechtsprojekts werden.

Das Menschenrechtsprojekt will Geschichten wie diese dokumentieren, um zu zeigen, worum es in den Konflikten auf der Insel wirklich geht.

Die Leute von Thallikulam Die Hütten dieses Lagers nah bei Vavuniya liegen inmitten von gepflegten Gärten, in denen sich Hühner, Ziegen und sogar ein paar Kühe finden. Obwohl alle Bewohner tamilischer Herkunft und ihre Lebensgeschichten sämtlich durch Flucht und Vertreibung bestimmt sind, rechnen sie sich zwei getrennten Gruppen zu, entstammen entweder einer „host-“ oder einer „guestfamily“. Erstere leben schon länger am Ort, letztere wurden mit Hilfe des medico-Partners SEED erst kürzlich hier angesiedelt, normalerweise eine äußerst konfliktträchtige, aber eben nicht notwendig ethnisch definierte Situation. In Thallikulam konnte Streit vermieden werden, weil SEED die hostfamilies von Anfang an in den Ansiedlungsprozess einbezog. Bekamen die Neuankömmlinge gemauerte Toiletten, wurden solche auch den Alteingesessenen angeboten. Gastgeber und Gäste organisieren ihren schwierigen Alltag seither in arbeitsteilig kooperierenden Komitees. Die Frauen des Lagers haben ihre eigene Organisation, die Women's Rural Development Society. Denn zu den dringlichsten Problemen in Thallikulam gehören Vergewaltigungen, nahezu Nacht für Nacht verübt von Männern aus dem Lager und von paramilitärischen Banden, die durch die Gärten ziehen. Freimütig schildert uns eine Frauengruppe der hostfamilies ihre Erfahrungen, später diskutieren wir im SEED-Büro weiter. Lange schon fordern die srilankischen Frauenorganisationen, in eige-

Die Leute von Pottuvil

Zurück in Colombo treffen wir Sharika, eine junge singhalesische Anwältin. Sie kommt aus Pottuvil an der Südostküste, einer Gegend, in der Singhalesen, Tamilen und Moslems leben. Im September wurden hier zehn moslemische Jugendliche mit Hacken ermordet. Regierungsstellen beschuldigten die LTTE, ein Vorwurf, der von der tamilischen wie der moslemischen Gemeinde empört zurückgewiesen wurde. Die Leute machen eine Eliteeinheit der Armee für die Tat verantwortlich, verlangen deren Verlegung und die Aufklärung des Massakers. Sharika erzählt uns von den Hintergründen, die wie überall auf Sri Lanka mit der Landfrage zu tun haben. Besiedelbares Land ist knapp und wechselt seine Eigentümer am einfachsten durch Flucht und Vertreibung. In Pottuvil geht es vordringlich um Fischfanggründe und den Zugang zur See. Weil Sharika, Kishor und Nimalka ebenso wie die Leute von Pottuvil wissen, dass es hier keine „ethnische Lösung“ gibt, wollen sie auch diesen „Fall“ zum Thema des Menschenrechtsprojekts machen. „Uns geht es darum, die Leute selbst zu Wort kommen zu lassen“, sagt Kishor, „das ist eine lebensgefährliche Sache, aber ohne das wird es auf Sri Lanka keinen Frieden geben.“

Projektstichwort

In den umkämpften Regionen Sri Lankas sind die Partner von medico dringend auf Unterstützung angewiesen. Bereits mehrfach war medizinische Notversorgung für Bürgerkriegsflüchtlinge notwendig. Das gilt ebenfalls für die Menschenrechtsarbeit und die Projekte, die in Folge des Tsunami entstanden sind und von den aktuellen Auseinandersetzungen ebenfalls betroffen sind. Das Spendenstichwort lautet: **Sri Lanka**

Auf dem Weg nach Heiligendamm

Ungewöhnliche Bündnisse für eine andere Globalisierung

In der ersten Juniwoche wird es eng werden im Luxushotel Kempinski an der Ostsee. Schleppnetze im Meer und ein Zaun rund um das Seebad Heiligendamm werden die informelle Weltregierung der G8 von den Zehntausenden trennen, die gegen dieses Treffen protestieren. medico ist Teil des großen Protestbündnisses.

Auf beiden Seiten laufen die Vorbereitungen auf vollen Touren. Im Dezember war medico Mitinitiator einer Konferenz zum Geistigen Eigentum in Berlin, und am 27. Februar diskutierten wir mit Attac, der IG Metall und dem Netzwerk kein mensch ist illegal in Frankfurt „Perspektiven einer anderen Globalisierung: Globale Soziale Rechte“. Die lebendige Debatte überzeugte die 120 Teilnehmer, dass ihre unterschiedlichen und in Teilen auch widersprüchlichen Anliegen im Streit für Globale Soziale Rechte einen Brennpunkt finden, der sie nicht nur auf dem Weg nach Heiligendamm zusammenführen wird. Fortsetzung folgt!

Kette aus Legosteinen

Medienaufregung wegen Blood Diamond-Film

Dem Hollywood-Blockbuster zu Konflikt-diamanten mit Leonardo di Caprio hatte medico Ende Januar ein unerwartetes Medieninteresse zu verdanken. Als sei die Katastrophe des weltweiten Handels mit Rohdiamanten zur Finanzierung von Bürgerkriegen gerade erst passiert, standen die Telefone bei medico nicht still. Die zuständige medico-Campaignerin Anne Jung, die sich mit dem Thema seit 6 Jahren beschäftigt, musste über schwierige Telefonverbindungen vom Weltsozialforum in Nairobi aus die politischen Hintergründe des Filmes erklären.

Seriöse Medienberichte kamen dabei zustande, die auch bei medico-Partnern in Sierra Leone und Angola recherchiert wurden. Nachzulesen sind sie auf unserer website: www.medico.de. Eine piffige Idee am Rande kam von zwei zu Witzen aufgelegten Rundfunkmoderatoren in Potsdam. Als Resümee eines Interviews mit medico schlugen sie vor, der Liebsten eine Kette aus Legosteinen zu schenken, solange es keine fair geförderten und gehandelten Diamanten zu kaufen gebe.



was_wann_wo

Dienstag, 27. März 2007, 20:30 Uhr, Köln, Schauspielhaus
Der politische Salon: Brot und Bomben

Zum Spannungsfeld von humanitären und militärischen Interventionen. Thomas Gebauer im Gespräch mit Marc Günther und Navid Kermani.

G8-Termine, bei denen Sie medico treffen können:

Samstag, 2. Juni, Demonstration in Rostock – Dienstag, 5.6. - Donnerstag, 7.6., Alternativgipfel in Rostock

THE G8 SHIT, UNITED!



Von der Dringlichkeit radikaler Antworten

HOLY DAMN IT - 50 000 Plakate gegen G8

Beteiligte KünstlerInnen: Ibrahim Mozain/Artist Without Walls (Israel/Palästina), bankleer (D), open circle (Indien), Mansour Ciss (Senegal), Markus Dorfmueller (D), Petra Gerschner (D), Marina Gržinić (Slowenien), Oliver Ressler (A), Walter Seidl (A) und Allan Sekula (USA)

HOLY DAMN IT ist der Versuch einer Intervention in die politische Debatte um gesellschaftliche Alternativen jenseits des G8-Treffens in Heiligendamm/Rostock 2007. Mit Unterstützung von medico. Alle Plakate und weitere Infos zum internationalen Kunstprojekt ab April unter www.holy-damn-it.org

Verhandlungsabsichten

Landmine.de kritisiert Oslo-Konferenz zu Clustermunition

Die im Aktionsbündnis Landmine.de zusammengeschlossenen Organisationen, darunter auch medico international, kritisieren die Ergebnisse der Osloer Konferenz zu Streumunition. Die Konferenz, die Ende Februar unter Beteiligung von 49 Staaten stattfand, hatte grundsätzlich Bereitschaft zur Verhandlung über eine Einschränkung von Clustermunition signalisiert. Das Aktionsbündnis jedoch befürchtet, dass sich die angedachten Export- und Produktionsverbote ausschließlich auf veraltete Produkte beziehen könnten. Ein totales Verbot von Clustermunition wurde vom Vorsitzenden der Konferenz, dem norwegischen Botschafter Kongstad, ohnehin ausgeschlossen. Viele Staaten, so das Aktionsbündnis, teilten darüber hinaus die Auf-

fassung Deutschlands, dass Streumunition mit einer geringeren Blindgängerrate akzeptabel sei. Streumunition und Streubomben gehören zu den Waffen, die während der aus der Luft geführten Kriege in Afghanistan und Irak von den USA und im Libanon von Israel großflächig eingesetzt wurden. Neben ihrer verheerenden direkten Wirkung sorgen sie aufgrund der hohen Blindgängerquote (in manchen Regionen bis zu 30 Prozent) auch nach dem Ende der kriegesischen Interventionen für Opfer unter der Zivilbevölkerung und führen ähnlich wie die Mine dazu, dass ganze Landstriche zu No-Go-Areas werden.

Unter www.landmine.de können Sie eine Protest-Mail gegen den Einsatz von Streumunition versenden.

Adressänderung Bitte geben Sie bei Änderungen Ihrer Anschrift auch Ihre alte Adresse und/oder die Spendernummer an. So ermöglichen Sie es uns, Sie zu „finden“, und helfen zugleich mit, Verwaltungskosten zu sparen.

Einmalige Spende Wenn Sie uns eine Spende überweisen und Sie dafür das dem Rundschreiben beiliegende Zahlungsformular verwenden, reicht zur Einreichung bei den Finanzämtern bis einschließlich 100 € in der Regel der Einzahlungsabschnitt und eine Kopie des entsprechenden Kontoauszuges. Für höhere Spenden oder für Spenden, die nicht mit der medico-Zahlkarte überwiesen werden (z.B. durch Electronic Banking), schicken wir Ihnen gerne eine Spendenbescheinigung zu. Dafür bitten wir Sie, im Verwendungszweck Ihren Namen und die vollständige Adresse sowie, falls bekannt, Ihre Spendernummer anzugeben.

Fördermitgliedschaft Die Fördermitgliedschaft bei medico sieht keine Projektbindung vor. Vielmehr unterstützen Sie damit unsere gesamte Projekt- und unsere unabhängige Öffentlichkeitsarbeit. Die regelmäßigen Beiträge unserer Fördermitglieder ermöglichen es uns, langfristige und verbindliche Projektkooperationen einzugehen, aber auch flexibel zu reagieren, wenn akute Hilfe notwendig ist. Der jährliche Förderbeitrag liegt bei mindestens 120 €. Das wäre z.B. der relativ kleine Betrag von 10 € monatlich. Für Leute mit wenig Geld (Auszubildende, Erwerbslose, Studierende) beträgt der jährliche Förderbeitrag 60 €. Für alle regelmäßigen Spenden (Fördermitgliedsbeiträge, Einzugsermächtigungen und Daueraufträge) schicken wir Ihnen jeweils im Januar des darauffolgenden Jahres eine Sammelbestätigung zu, auf der alle Spenden des Jahres aufgeführt sind.

Spendenquittungstelefon: Tel. (069) 944 38-11,
Fax: (069) 944 38-15 oder E-Mail: info@medico.de

Bankverbindung: medico international, Spendenkonto
1800, Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01

Vielen Dank, dass Sie unsere Arbeit mit einer Spende unterstützen! medico international ist gemeinnützig und Ihre Spende ist steuerlich absetzbar.

Liebe Leserinnen und Leser, wir können Ihnen hier nur eine Auswahl unserer jüngsten Veröffentlichungen präsentieren, eine Gesamtübersicht können Sie bei uns anfordern oder finden Sie auf unserer Homepage. Zum Nachlesen und Weiterverteilen, für die Bildungsarbeit, zum Auslegen im Laden nebenan. Für Nachfragen stehen wir Ihnen unter der Tel. (069) 944 38-0 gerne zur Verfügung.

Übrigens: Unsere Materialien schicken wir Ihnen kostenlos, es sei denn, ein Preis ist vermerkt.

medico im Überblick



Jahresbericht 2005

(28 S.) mit Gesamtüberblick über Projekte / Projektländer, Arbeitsfelder, Grundsätze, Finanzbericht, Organisationsstruktur.



Broschüre stiftung medico international

(16 S.) Übersicht über Ziele, Satzung, Struktur und steuerliche Aspekte der stiftung medico international, die Ende 2004 gegründet wurde.

medico Rundschreiben

Nummer 03 | 06: Schwerpunkte: Naher Osten/Libanon, globale Medikamentenpolitik/Alternativmodelle, Slavoj Zizek

Nummer 04 | 06: Schwerpunkte: Ökonomisierung von Gesundheit, Pharmakritik, Guatemala, Bangladesch, Südafrika

Reports



Im Inneren der Globalisierung

*Psychosoziale Arbeit in
Gewaltkontexten*

(230 S.) Der medico-Report 26 reflektiert Konzepte und Praxis psychosozialer Arbeit in Gewaltkontexten und die unterschiedlichen Dimensionen von Täter- und Opferrealitäten in Zeiten der

Globalisierung, 12 €.

Eine Liste aller Reports schicken wir Ihnen gerne zu.

NEU: Materialien zur Gesundheitskampagne

Aufklärungsflyer und Hintergrundbroschüre zur aktuellen medico-Kampagne für das Recht auf Gesundheit als öffentliches Gut. Auch zu unseren weiteren Kampagnen gibt es eine vielfältige Auswahl von Materialien - Filme, Postkarten, Ausstellungen. Interessiert?

Rufen Sie uns an unter Tel. (069) 944 38-27 (Anne Jung).



Alternative Ideen starten durch...

Das Falblatt inkl. ausführlichem Beipackzettel informiert kostenlos und rezeptfrei über die Möglichkeiten einer alternativen Medikamentenproduktion am Beispiel des

medico-Partners Gonoshastaya Kendra in Bangladesh.



Arzneimittelforschung - Plädoyer für eine Wissenschaft im öffentlichen Interesse

(24 S.) In dieser gemeinsam mit der BUKO Pharma-Kampagne herausgegebenen Broschüre können Sie nachlesen, warum wichtige Medikamente

erst gar nicht entwickelt werden, wie Arzneimittelforschung funktioniert und wie diese Forschung enger am wirklichen Bedarf der Menschen ausgerichtet werden kann.

Projekte

Wir informieren Sie gerne über alle Projekte, die wir in Afrika, Lateinamerika, Südasien und im Nahen Osten unterstützen. Ein Beispiel:



Das Engagement von medico international im Nahen Osten

(4 S.) Der Nahe Osten - Libanon, Israel und Palästina - gehört zu den ältesten Projektregionen von medico international. In kurzer Zusammenfassung stellen wir Ihnen die Arbeit unserer Partnerorganisationen in dieser Region vor.

Ich bestelle:

- Jahresbericht 2005
- Broschüre stiftung medico international
- medico Rundschreiben 03 | 06
- medico Rundschreiben 04 | 06
- Alternative Ideen starten durch...
- Broschüre Arzneimittelforschung
- Report 26 - Im Inneren der Globalisierung (12 €)
- Das Engagement von medico im Nahen Osten

Name:

Straße:

Ort:

Meine Spendennummer:

Ich möchte

- kostenlose Materialien bestellen
- ggn. Rechnung (zzgl. 2 € Versandkosten) bezahlen
- dass der Rechnungsbetrag einmalig für diese Bestellung von meinem Bankkonto abgebucht wird

Kontonummer:

bei der Bank:

BLZ:

Datum:

Unterschrift:

Bitte einsenden an:



medico international e.V.
Burgstraße 106
D-60389 Frankfurt am Main
oder faxen an: (069) 436002



Erzähl mir nichts von Matisse . . .
dem europäischen Stil von 1900, der Tradition des Ateliers
in dem die nackte Frau für immer
auf einem Tuch aus Blut liegt

Erzähl mir von der Kultur allgemein –
wie die Mörder unterstützt wurden
von der Schönheit, den Wilden geraubt: die Maler kamen
in unsere abgelegenen Dörfer, und unsere weißgetünchten
Lehmhütten wurden von Gewehrfeuer durchlöchert.

Lakshmi Wikkramasinha 1941 – 1978